

III-263 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXIV. GP



Der
Rechnungshof

Unabhängig. Objektiv. Wirksam.

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2010

Kurzfassung

Auskünfte

Rechnungshof

1031 Wien, Dampfschiffstraße 2

Telefon (00 43 1) 711 71 - 8520

Fax (00 43 1) 712 49 17

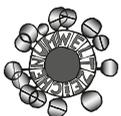
E-Mail presse@rechnungshof.gv.at

Impressum

Herausgeber: Rechnungshof
1031 Wien, Dampfschiffstraße 2
<http://www.rechnungshof.gv.at>

Redaktion und Grafik: Rechnungshof

Herausgegeben: Wien, im September 2011



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens,
Druckerei des Bundesministeriums für Finanzen, UW-Nr. 836



Der
Rechnungshof

Unabhängig. Objektiv. Wirksam.

Bericht zum Bundesrechnungsabschluss Republik Österreich

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2010

Kurzfassung

Der Präsident des Rechnungshofes

Dr. Josef Moser

Wien, im September 2011



Inhalt

Inhalt

VORBEMERKUNG _____	1
BRA 2010 IM ÜBERBLICK _____	3
LEAD _____	5
DER BUNDESHAUSHALT IM JAHR 2010 (TZ 2) _____	7
Der Bundeshaushalt im Jahr 2010 (TZ 2.4) _____	7
Bundeshaushalt im Überblick _____	7
Administrativer Saldo (Abgang) des Bundes _____	8
Bedeutende Entwicklungen im Bundeshaushalt 2010 (TZ 2.6) _____	10
Bankenpaket _____	10
Entwicklung der Abgaben _____	11
Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung _____	12
Gebarung der Arbeitsmarktpolitik _____	14
Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen _____	15
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen bei der Budgeterstellung (TZ 2.2) _____	16
Wirtschaftliche Daten der Budgeterstellung 2010 _____	16
Auswirkungen der Budgetgebarung 2010 auf die Ziele der Haushaltsführung (TZ 2.8) _____	17
Rechtlicher Rahmen _____	17
Wachstum _____	17
Stabiler Geldwert _____	19
Beschäftigungsstand _____	19
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht _____	20
Nachhaltigkeit der Haushaltsführung _____	20
Der Bundeshaushalt im Rahmen der wirtschaftspolitischen Verpflichtungen auf EU-Ebene (TZ 2.9) _____	22
Stabilitätsprogramm und budgetäre Notifikation _____	22
Die Entwicklung der Maastricht-Kriterien _____	25
Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands nach Teilsektoren des Staates _____	30
Die Entwicklung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen _____	30
Mittelfristige Planung – Finanzrahmen des Bundes (TZ 2.7) _____	34

Inhalt

PRÜFUNG DER JAHRESRECHNUNGEN (TZ 1.2)	38
VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG (TZ 3)	38
Gesamtergebnis der voranschlagswirksamen Verrechnung (TZ 3.1/3.3)	38
Überplanmäßige Ausgaben (TZ 3.2)	41
Haushaltsrücklagen (TZ 3.6)	42
Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre (TZ 3.7)	44
Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre	44
Vorbelastungen des Bundeshaushalts aufgrund der Vereinbarungen über die Rahmenpläne 2007 – 2012, 2008 – 2013 und 2009 – 2014 zu Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG	44
Schulden	48
Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre	48
Forderungen	48
Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 3.8)	49
JAHRESBESTANDSRECHUNG (TZ 4)	52
Aktiva	52
Passiva	54
JAHRESERFOLGSRECHNUNG (TZ 5)	55
Öffentliche Abgaben (TZ 5.3)	57
FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS (TZ 6)	58
Stand der vorläufigen gesamten Bundesschulden	58
Zinsaufwand für die Finanzschulden	60
BUNDESHAFTUNGEN (TZ 7)	61
BERICHT ZU DEN ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER (TZ 8)	62
GLOSSAR	63
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	76
GLIEDERUNG DES BUNDESHAUSHALTS	78

Vorbemerkung

In erster Linie dient der Bundesrechnungsabschluss (BRA) als Grundlage zur Ausübung der Kontrollrechte des Nationalrates. Er dokumentiert das Ergebnis der Gebarung des Bundes. Der BRA stellt die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Bundes und der von ihm verwalteten Rechtsträger dar und gibt insbesondere Auskunft über den Stand der Bundesschulden. Bestandteile des BRA sind die Voranschlagsvergleichsrechnung, die Erfolgsrechnung, die Vermögens- und Schuldenrechnungen sowie die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger und die Erläuterungen. Während der erste Band in einem Textteil die Grundlagen und Erläuterungen zum BRA enthält, sind im zweiten Band, dem Zahlenteil, die Abschlussrechnungen und tabellarischen Übersichten dargestellt.

Das im BRA für das Jahr 2010 verwendete statistische Datenmaterial der Statistik Austria entspricht – je nach Kennzahl – dem Stand Februar bis Juni 2011 und hat teilweise noch vorläufigen Charakter. Daten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung (WIFO) entstammen – soweit nicht anders angegeben – der im Juli 2011 veröffentlichten Prognose. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Die erste Etappe der Haushaltsrechtsreform brachte eine neue Gliederung des Bundeshaushalts in Rubriken und Untergliederungen. Die Einnahmen und Ausgaben werden weiterhin gemäß dem geltenden Bruttoprinzip ausgewiesen. Teilweise sind auch saldierte Darstellungen (netto) zulässig. Die Werte können daher von den in den Vorjahren veröffentlichten Angaben abweichen, erforderlichenfalls wurden aber sämtliche Vergleichszahlen im Bericht entsprechend angepasst. Das in diesem Bericht enthaltene Zahlenwerk beinhaltet allenfalls kaufmännische Auf- und Abrundungen.

Der Bundeshaushalt im Überblick

Gesamtergebnis der Voranschlagsvergleichsrechnung

Die Ausgaben des Bundes lagen 2010 mit 67,287 Mrd. EUR um 2,170 Mrd. EUR (- 3,1 %) unter jenen im Jahr 2009 (69,457 Mrd. EUR). Gleichzeitig blieben auch die Einnahmen mit 59,434 Mrd. EUR um 2,942 Mrd. EUR unter jenen des Vorjahres (- 4,7 %). Das Defizit betrug 7,853 Mrd. EUR und war um 773 Mill. EUR höher als das Defizit im Jahr 2009 (- 7,080 Mrd. EUR). Es war um 5,323 Mrd. EUR geringer als im Voranschlag (- 13,176 Mrd. EUR) angenommen, was insbesondere auf geringere Ausgaben für Finanzierungen und Währungstauschverträge (- 2,337 Mrd. EUR) und höhere Abgabeneinnahmen (+ 1,185 Mrd. EUR) gegenüber dem Voranschlag zurückzuführen war.

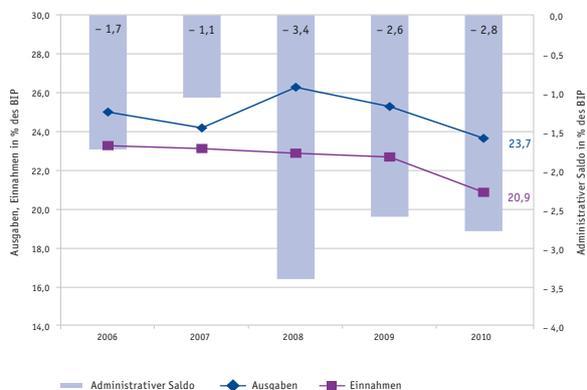
	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	2010	2010	VA 2010 : Erfolg 2010	
	in Mrd. EUR		in %	
Allgemeiner Haushalt				
Ausgaben	70,767	67,287	- 3,481	- 4,9
Einnahmen	57,592	59,434	+ 1,842	+ 3,2
Saldo (Abgang)	- 13,176	- 7,853	+ 5,323	- 40,4
Ausgleichshaushalt				
Ausgaben	96,251	47,031	- 49,220	- 51,1
Einnahmen	109,427	54,884	- 54,543	- 49,8
Saldo (Überschuss)	13,176	7,853	- 5,323	- 40,4
Gesamthaushalt				
Ausgaben	167,019	114,318	- 52,700	- 31,6
Einnahmen	167,019	114,318	- 52,700	- 31,6
Saldo	-	-	-	-

Ausgaben- und Einnahmenstruktur (Allgemeiner Haushalt)

Aufgabenbereich	2009	2010	Veränderung
Ausgaben Allgemeiner Haushalt	Mill. EUR	Mill. EUR	%
Bildungssektor:			
Erziehung und Unterricht	7.199,38	7.188,11	- 0,2
Forschung und Wissenschaft	3.793,19	4.011,04	+ 5,7
Kunst	520,23	496,16	- 4,6
Kultus	58,64	55,66	- 5,1
Sozialsektor:			
Gesundheit	997,50	999,35	+ 0,2
Soziale Wohlfahrt	23.194,72	24.799,96	+ 6,9
Wohnungsbau	17,92	15,52	- 13,4
Wirtschaftssektor:			
Straßen	46,90	41,14	- 12,3
Sonstiger Verkehr	5.280,15	5.304,61	+ 0,5
Land- und Forstwirtschaft	2.012,52	1.937,24	- 3,7
Energiewirtschaft	-	510,32	k.A.
Industrie und Gewerbe	5.731,52	1.015,28	- 82,3
Öffentliche Dienstleistungen	623,00	613,73	- 1,5
Private Dienstleistungen	327,43	377,57	+ 15,3
Hoheitssektor:			
Landesverteidigung	1.987,36	2.009,05	+ 1,1
Staats- und Rechtssicherheit	2.980,95	2.985,12	+ 0,1
Übrige Hoheitsverwaltung	14.685,16	14.927,00	+ 1,6
Summe Allgemeiner Haushalt	69.456,58	67.286,86	- 3,1
Einnahmen Allgemeiner Haushalt			
Bildungssektor	130,81	129,94	- 0,7
Sozialsektor	8.482,89	8.363,62	- 1,4
Wirtschaftssektor	2.739,98	2.643,83	- 3,5
Hoheitssektor	51.022,81	48.296,75	- 5,3
Summe Allgemeiner Haushalt	62.376,49	59.434,14	- 4,7

Entwicklung des Saldos des Bundes

Die Einnahmenquote betrug 20,9 % und die Ausgabenquote 23,7 %.



Die Grafik zeigt auf der linken Skala die Einnahmen und Ausgaben in Prozent des BIP für die Jahre 2006 bis 2010. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt den administrativen Saldo, welcher auf der rechten Skala dargestellt ist. Die Schere zwischen den Ausgaben und Einnahmen betrug 2,8 % des BIP im Jahr 2010.

Primärsaldo* des Bundes

Um die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, ist im Allgemeinen ein Primärüberschuss des öffentlichen Haushalts nötig. Im Jahr 2010 war der Primärsaldo des Bundes negativ (-3,067 Mrd. EUR). Das bedeutet, dass der Bund nicht nur den Zinsaufwand, sondern auch operative Ausgaben durch weitere Schulden finanzieren muss.

	2009		2010	
	Mrd. EUR	% des BIP	Mrd. EUR	% des BIP
Ausgaben	69,457	25,3	67,287	23,7
Einnahmen	62,376	22,7	59,434	20,9
Saldo des Allgemeinen Haushalts				
Administrativer Saldo	- 7,080	- 2,6	- 7,853	- 2,8
Veränderung der Rücklagen	- 5,629	- 2,1	- 0,943	- 0,3
Zinsaufwand, netto	+ 6,718	+ 2,4	+ 5,729	+ 2,0
Primärsaldo des Bundes	- 5,990	- 2,2	- 3,067	- 1,1

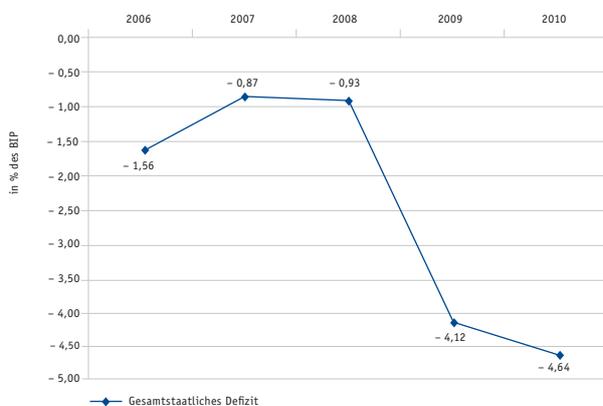
* Der Primärsaldo errechnet sich aus dem Saldo des Allgemeinen Haushalts bereinigt um die Veränderung der Rücklagen und die Zinsen. Ein positiver Primärsaldo wird als Primärüberschuss definiert. Der Primärsaldo gibt Aufschluss über die Auswirkungen der aktuellen Budgetpolitik auf die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

BRA 2010 im Überblick



Öffentliches Defizit des Staates

Das öffentliche Defizit des Staates laut ESVG 95 stieg von 11,296 Mrd. EUR auf 13,169 Mrd. EUR (4,6 % des BIP); die Verschuldung des Staates stieg um 14,209 Mrd. EUR auf 205,212 Mrd. EUR (72,3 % des BIP).



Quelle: Statistik Austria (Stand März 2011)

Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Haushaltsjahr 2010 wuchs das reale BIP um 2,1 % und der Stand an unselbständig aktiv Beschäftigten stieg um 0,8 % an. Die Arbeitslosenquote laut AMS fiel auf 6,9 % bzw. laut Eurostat auf 4,4 %. Der Leistungsbilanzsaldo war weiterhin positiv (2,7 % des BIP). Die Inflationsrate lag bei 1,9 %.

	Gegenüberstellung	
	2009	2010
BIP-Wachstum real („Sicherung des Wachstumspotentials“)	- 3,9 %	+ 2,1 %
Inflationsrate („hinreichend stabiler Geldwert“)	+ 0,5 %	+ 1,9 %
Arbeitslosenquote nach AMS	7,2 %	6,9 %
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT	4,8 %	4,4 %
Unselbständig aktiv Beschäftigte („hoher Beschäftigtenstand“)	- 1,5 %	+ 0,8 %
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum BIP) („Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts“)	+ 3,1 %	+ 2,7 %

Quelle: Statistik Austria, WIFO – Juli 2011

Gesamtstaatliche Indikatoren

	2009 in % des BIP	2010 in % des BIP
Maastricht-Defizit	4,1	4,6
Maastricht-Verschuldung	69,6	72,3
Abgabenquote laut VGR	42,7	42,2

Struktur der Finanzschulden

	2009	2010	Veränderung 2009/2010
in Mrd. EUR			
Finanzschulden	176,464	185,932	+ 9,467
+/- Saldo Währungstauschverträge	1,613	0,811	- 0,802
Nettofinanzschulden	178,077	186,743	+ 8,665
- Eigenbesitz des Bundes	- 9,362	- 9,972	- 0,610
Bereinigte Finanzschulden*	168,716	176,771	+ 8,055

* Eigenbesitz: im Bundesbesitz befindliche Bundesschuldskategorien

Zinsaufwand für die Finanzschulden

Zinsaufwand			
Bezeichnung*	2009	2010	Veränderung 2009/2010
in Mrd. EUR			
Zinsaufwand	7,496	7,674	+ 0,178
sonstiger Aufwand	0,268	0,072	- 0,196
Aufwendungen aus Währungstauschverträgen	2,368	2,112	- 0,256
Summe Ausgaben	10,132	9,857	- 0,274
Zinseinnahmen	0,590	0,731	+ 0,140
sonstige Einnahmen	0,298	1,281	+ 0,983
Einnahmen aus Währungstauschverträgen	2,525	2,117	- 0,408
Summe Einnahmen	3,413	4,128	+ 0,715
Zinsaufwand, netto	6,718	5,729	- 0,989

* Im BVA wird der Zinsaufwand nur noch netto veranschlagt

Verpflichtungen (brutto)

	2009	2010	Veränderung 2009/2010
in Mrd. EUR			
Endbestand	108,476	105,882	- 2,4

Stand der Bundeshaftungen

	2009	2010	Veränderung 2009/2010
in Mrd. EUR			
Endbestand	124,479	129,130	+ 3,7

Die Ausgaben des Bundes lagen 2010 mit 67,287 Mrd. EUR um 2,170 Mrd. EUR (- 3,1 %) unter jenen im Jahr 2009 (69,457 Mrd. EUR). Gleichzeitig blieben jedoch auch die Einnahmen mit 59,434 Mrd. EUR um 2,942 Mrd. EUR unter jenen des Vorjahres (- 4,7 %).

Das Defizit betrug 7,853 Mrd. EUR und war um 773 Mill. EUR (+ 10,9 %) höher als das Defizit im Jahr 2009 (- 7,080 Mrd. EUR). Es war um 5,323 Mrd. EUR (- 40,4 %) geringer als im Voranschlag (- 13,176 Mrd. EUR) angenommen, was insbesondere auf geringere Ausgaben für Finanzierungen und Währungstauschverträge (- 2,337 Mrd. EUR) und höhere Abgabeneinnahmen (+ 1,185 Mrd. EUR) gegenüber dem Voranschlag zurückzuführen war. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben lag bei 2,8 % des BIP.

Im Jahr 2010 war der Primärsaldo des Bundes wie im Jahr 2009 negativ (- 3,067 Mrd. EUR). Das bedeutet, dass der Bund nicht nur den Zinsaufwand, sondern auch operative Ausgaben durch weitere Schulden finanzieren musste. Gemäß Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 und Strategiebericht 2012 bis 2015 wird der Primärsaldo erst wieder im Jahr 2013 positiv sein.

Die Finanzschulden des Bundes stiegen um 5,4 % auf 185,932 Mrd. EUR, die Netto-Neuverschuldungsquote lag bei 3,3 % des BIP. Die Haftungen erhöhten sich um 3,7 % auf 129,130 Mrd. EUR, die Verpflichtungen künftiger Finanzjahre betragen brutto 105,406 Mrd. EUR. Vorbelastungen auf Grund der Vereinbarungen über die Rahmenpläne zu Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG in Höhe von rd. 42 Mrd. EUR waren im Rechenwerk nicht ausgewiesen.

Der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung stieg um 551 Mill. EUR (+ 7,2 %) auf 8,206 Mrd. EUR. Der Nettobeitrag des Bundes zur Pensionsversicherung war um 1,061 Mrd. EUR (+ 14,9 %) höher als im Vorjahr. Das Defizit aus der Gebarung der Arbeitsmarktpolitik erhöhte sich um 234 Mrd. EUR (+ 23,2 %) auf 1,243 Mrd. EUR. Die Gesamtverbindlichkeiten des Reservefonds für Familienbeihilfen gegenüber dem Bund stiegen auf 3,696 Mrd. EUR.

Auf gesamtstaatlicher Ebene lagen sowohl das öffentliche Defizit mit 4,64 % des BIP (Referenzwert 3 %) als auch der öffentliche Schuldenstand mit 72,26 % des BIP (Referenzwert 60 %) deutlich über den Werten des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der EU. Der RH hält daher strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales, zur Erreichung einer nachhaltigen Budgetgebarung für unabdingbar.

DER BUNDESHAUSHALT IM JAHR 2010 (TZ 2)**Der Bundeshaushalt im Jahr 2010 (TZ 2.4)**

Die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in Höhe von 67,287 Mrd. EUR im Jahr 2010 lagen um 3,481 Mrd. EUR (- 4,9 %) unter dem veranschlagten Betrag (70,767 Mrd. EUR) und um 2,170 Mrd. EUR (- 3,1 %) unter dem Erfolg im Jahr 2009 (69,457 Mrd. EUR).

Die Einnahmen in Höhe von 59,434 Mrd. EUR im Jahr 2010 lagen um 1,842 Mrd. EUR (+ 3,2 %) über dem Voranschlag (57,592 Mrd. EUR), gingen jedoch gegenüber dem Erfolg im Jahr 2009 (62,376 Mrd. EUR) um 2,942 Mrd. EUR zurück (- 4,7 %). Der Rückgang der Einnahmen war trotz steigenden Abgabenaufkommens (+ 2,178 Mrd. EUR) insbesondere auf die sinkenden Einnahmen aus der Entnahme von Rücklagen (- 4,671 Mrd. EUR) zurückzuführen.

Bundeshaushalt im Überblick

Erfolg	Voranschlag	Erfolg	Abweichung		Abweichung		
2009	2010	2010	Erfolg 2009 : Erfolg 2010		VA 2010 : Erfolg 2010		
in Mrd. EUR			in %		in Mrd. EUR		in %

Allgemeiner Haushalt

Ausgaben	69,457	70,767	67,287	- 2,170	- 3,1	- 3,481	- 4,9
Einnahmen	62,376	57,592	59,434	- 2,942	- 4,7	+ 1,842	+ 3,2
Saldo (Abgang)	- 7,080	- 13,176	- 7,853	- 0,773	+ 10,9	+ 5,323	- 40,4

Ausgleichshaushalt

Ausgaben	45,266	96,251	47,031	+ 1,766	+ 3,9	- 49,220	- 51,1
Einnahmen	52,346	109,427	54,884	+ 2,538	+ 4,8	- 54,543	- 49,8
Saldo (Überschuss)	7,080	13,176	7,853	+ 0,773	+ 10,9	- 5,323	- 40,4

Gesamthaushalt

Ausgaben	114,722	167,019	114,318	- 0,404	- 0,4	- 52,700	- 31,6
Einnahmen	114,722	167,019	114,318	- 0,404	- 0,4	- 52,700	- 31,6
Saldo	-						

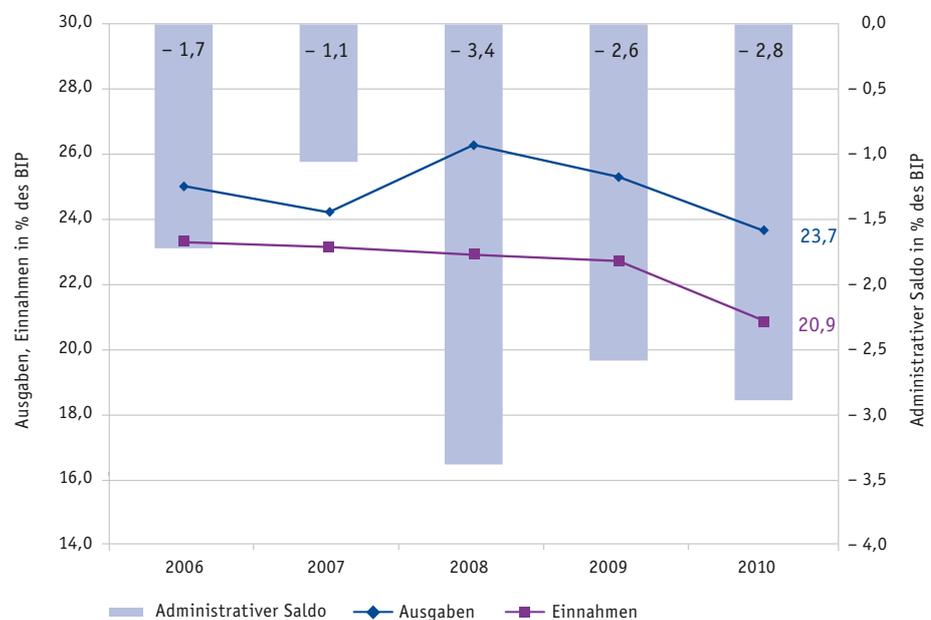
Kurzfassung

Administrativer Saldo (Abgang) des Bundes

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts betrug 7,853 Mrd. EUR im Jahr 2010 und war um 5,323 Mrd. EUR (– 40,4 %) geringer als im Voranschlag (13,176 Mrd. EUR) angenommen, aber um 773 Mill. EUR (+ 10,9 %) höher als der administrative Abgang im Jahr 2009 (– 7,080 Mrd. EUR).

Im Zeitraum 2006 bis 2010 stellte sich der administrative Abgang (in % des BIP) wie folgt dar:

Entwicklung des Saldos des Bundes (in % des BIP)



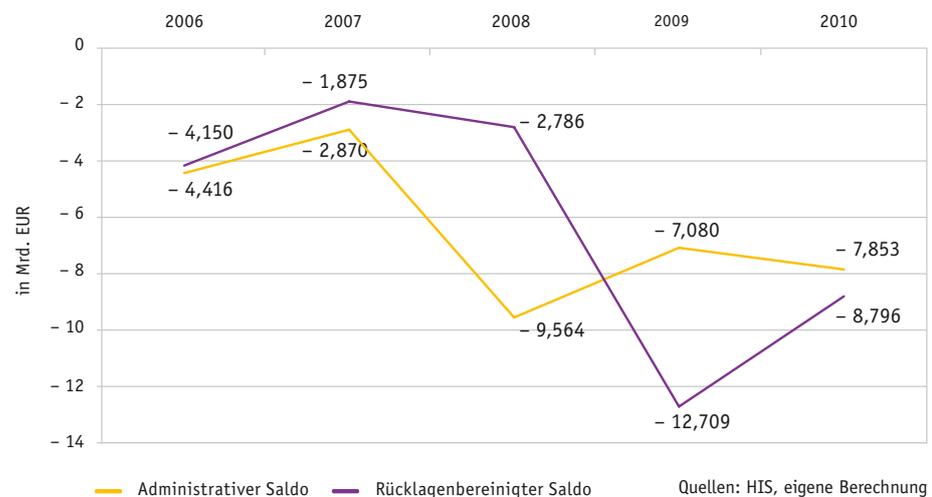
Die Grafik zeigt auf der linken Skala die Einnahmen und Ausgaben in Prozent des BIP für die Jahre 2006 bis 2010. Die Ausgaben waren 2010 auf 23,7 % des BIP gesunken, die Einnahmen auf 20,9 % des BIP. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt den administrativen Saldo, welcher auf der rechten Skala dargestellt ist. Die Schere zwischen den Ausgaben und Einnahmen betrug im Jahr 2010 2,8 % des BIP.

Entwicklung des Abgangs

	Erfolg	Voranschlag	Erfolg	Abweichung		Abweichung	
	2009	2010	2010	Erfolg 2009 : Erfolg 2010		VA 2010 : Erfolg 2010	
	in Mrd. EUR			in %		in Mrd. EUR	
Abgang des Allgemeinen Haushalts	- 7,080	- 13,176	- 7,853	- 0,773	+ 10,9	+ 5,323	- 40,4
Veränderung der Rücklagen	- 5,629	- 0,021	- 0,943	+ 4,686	- 83,3	- 0,922	+ 4.426,7
Abgang des Allgemeinen Haushalts, bereinigt um Rücklagenbewegungen	- 12,709	- 13,196	- 8,796	+ 3,913	- 30,8	+ 4,401	- 33,3

Im Jahr 2010 lag der rücklagenbereinigte Abgang mit 8,796 Mrd. EUR über dem administrativen Abgang des Allgemeinen Haushalts von 7,853 Mrd. EUR, aber um 3,913 Mrd. EUR unter dem rücklagenbereinigten Abgang im Jahr 2009. Der rücklagenbereinigte Abgang spiegelt den „Erfolg“ eines Finanzjahres besser wider, da zeitliche Verzerrungen aufgrund der finanzierungswirksamen Rücklagengebarung ausgeblendet werden.

Entwicklung des administrativen und des rücklagenbereinigten Saldos im Vergleich



Nach den Jahren 2008 und 2009 näherte sich der administrative Haushalts-saldo 2010 wieder dem rücklagenbereinigten Haushaltssaldo an. Die starken Abweichungen in den Jahren 2008 und 2009 waren auf das „Bankenpaket“ zurückzuführen. Im Jahr 2008 wurde mit einer Schuldenaufnahme von 8,000 Mrd. EUR für das „Bankenpaket“ vorgesorgt, wovon 2008 aber

Kurzfassung

nur ein geringer Anteil in Höhe von 900 Mill. EUR in Anspruch genommen wurde. Der Rest wurde der Ausgleichsrücklage zugeführt. Aus dieser Rücklage wurden im Jahr 2009 4,836 Mrd. EUR für das „Bankenpaket“ gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) entnommen („Partizipationskapital“).

Bedeutende Entwicklungen im Bundeshaushalt 2010 (TZ 2.6)

Der Wirtschaftsaufschwung im Jahr 2010 entspannte die Haushaltssituation des Bundes. Das Steueraufkommen stieg und die Ausgaben für das „Bankenpaket“ lagen unter dem Vorjahr. Der Nettobeitrag des Bundes zur Pensionsversicherung stieg um 1,061 Mrd. EUR, und das Defizit aus der Gebarung der Arbeitsmarktpolitik (I) erhöhte sich um 234 Mill. EUR. Die Gesamtverbindlichkeiten des Reservefonds für Familienbeihilfen gegenüber dem Bund stiegen auf 3,696 Mrd. EUR.

Bankenpaket

Die österreichische Bundesregierung beschloss im Jahr 2008 ein Maßnahmenpaket, das auf die Stärkung des Interbankmarktes, die Behebung der Störung im Wirtschaftsleben Österreichs, die Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie den Schutz der österreichischen Volkswirtschaft und des Finanzmarktes abzielte. Es umfasste ursprünglich einen Rahmen von 100,000 Mrd. EUR, der sich auf Maßnahmen im Rahmen des Interbankmarktstärkungsgesetzes (75,000 Mrd. EUR), Maßnahmen im Rahmen des Finanzmarktstabilitätsgesetzes (15,000 Mrd. EUR) und auf die Einlagensicherung (10,000 Mrd. EUR) verteilte. Von diesem Rahmen (IBSG) wurden 10,000 Mrd. EUR für das Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz im Jahr 2009 und 15,000 Mrd. EUR für das Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz (Griechenlandhilfe und Euro-Schutzschirm) im Jahr 2010 umgewidmet.

Ausnutzung des Rahmens gemäß Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) und Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) zum 31. Dezember 2010

	gemäß IBSG ¹⁾	gemäß FinStaG
	in Mrd. EUR	
Rahmen	50,000	15,000
Maßnahmen	28,185	7,459
freier Rahmen	21,815	7,541
	in %	
Ausnutzung des Rahmens	56,37	49,73

¹⁾ Maßnahmen inklusive der vereinbarten und nicht vollständig ausgenutzten Haftungsrahmen, Wechselkurse zum 31. Dezember

Das Interbankmarktstärkungsgesetz (Haftungen für Wertpapieremissionen, Aktivitäten der Österreichischen Clearingbank AG) wurde bei einem Haftungsrahmen von 50,000 Mrd. EUR per 31. Dezember 2010 mit 28,185 Mrd. EUR (2009: 27,370 Mrd. EUR) in Anspruch genommen. Aufgrund der Reduzierung des Rahmens gemäß IBSG von 65,000 Mrd. EUR auf 50,000 Mrd. EUR stieg somit die Ausnutzung des Rahmens von 42,11 % (2009) auf 56,37 % (2010).

Die Ausnutzung durch Banken erfolgte in Form der Gewährung von Rahmengarantien oder Einzelgarantien. Per 31. Dezember 2010 betrug die tatsächlich vom Bund übernommenen Haftungen aus dem Bankenpaket 22,015 Mrd. EUR.

Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz mit einem Rahmen von 15,000 Mrd. EUR war Ende Dezember 2010 mit 7,459 Mrd. EUR zu etwa 50 % ausgenutzt. Für das bis Ende 2010 gezeichnete Partizipationskapital in Höhe von 5,874 Mrd. EUR¹ wurden Dividenden in Höhe von 263 Mill. EUR geleistet.

Die Haftungsentgelte gemäß IBSG und FinStaG betrugen 301 Mill. EUR im Jahr 2010 (2009: 217 Mill. EUR).

Die Einlagensicherung mit einem Haftungsrahmen von 10,000 Mrd. EUR musste nicht in Anspruch genommen werden.

Entwicklung der Abgaben

Die öffentlichen Abgaben (UG 16) als größte Einnahmenquelle des Bundes betrugen im Jahr 2010 brutto 65,492 Mrd. EUR und waren um 2,178 Mrd. EUR (+ 3,4 %) höher als im Jahr 2009 (63,314 Mrd. EUR). Verantwortlich dafür war insbesondere die Erholung der Wirtschaft nach dem Ende der Rezession im Jahr 2009 (reales BIP-Wachstum 2010 + 2,1 %).

Nach Abzug der Ab-Überweisungen an Länder und Gemeinden (I) sowie an die EU (II) betrugen die Nettosteuerereinnahmen 39,816 Mrd. EUR und lagen um 2,178 Mrd. EUR (+ 5,8 %) über dem Erfolg von 2009 (37,638 Mrd. EUR) bzw. um 1,185 Mrd. EUR (+ 3,1 %) über dem Voranschlag (38,631 Mrd. EUR).

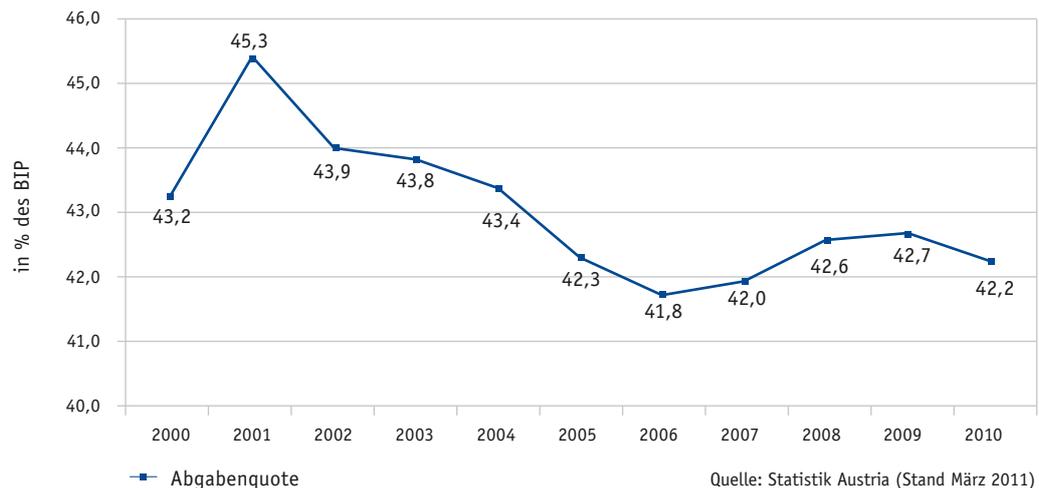
Trotz eines Anstiegs der Bruttosteuerereinnahmen waren die Überweisungen der Anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben der Länder und Gemeinden (Ab-Überweisungen I) im Jahr 2010 um 56 Mill. EUR geringer als im Vorjahr. Dies resultierte aus dem Berechnungsrhythmus der Ertrags-

¹ 2008: 900 Mill. EUR, 2009: 4,524 Mrd. EUR und 2010: 450 Mill. EUR

Kurzfassung

anteile mit Vorschüssen und Abrechnungen, sodass die rückläufigen Steuereinnahmen des Jahres 2009 für die Länder und Gemeinden teilweise erst im Jahr 2010 wirksam wurden.

Entwicklung der Abgabenquote 2000 bis 2010 (in % des BIP)



Die gesamtstaatliche Abgabenquote laut VGR² belief sich im Finanzjahr 2010 auf 42,2 % und fiel trotz steigender Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen (+ 2,5 %) aufgrund des relativ höheren Wirtschaftswachstums (nominell + 3,7 %) um 0,5 Prozentpunkte gegenüber 2009.

Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung

Wie bereits 2009 wuchs im Jahr 2010 der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung an. Der stetige Anstieg des Bundesbeitrags spiegelt die demografische Entwicklung der österreichischen Bevölkerung sowie die Entwicklung der Wirtschaftsleistung wider. Auch wenn mit dem Ende der Wirtschaftskrise ein Anstieg der Zahl der beitragsleistenden Versicherten³ von 3,497 Mill. auf 3,541 Mill. einherging (+ 1,2 %), führte der vergleichsweise stärkere Anstieg der Pensionsbezieher von 2,189 Mill. auf 2,220 Mill. (+ 1,4 %) zu einer Erhöhung der Pensionsbelastungsquote⁴ (Pensionsbezieher pro 1.000 Pensionsversicherte) auf 623 (2009: 621). Das zunehmende Ungleichgewicht zwischen beitragsleistenden Versicherten und Pensionsbeziehern zeigte sich auch in der Entwicklung der Gebarung in der Pensions-

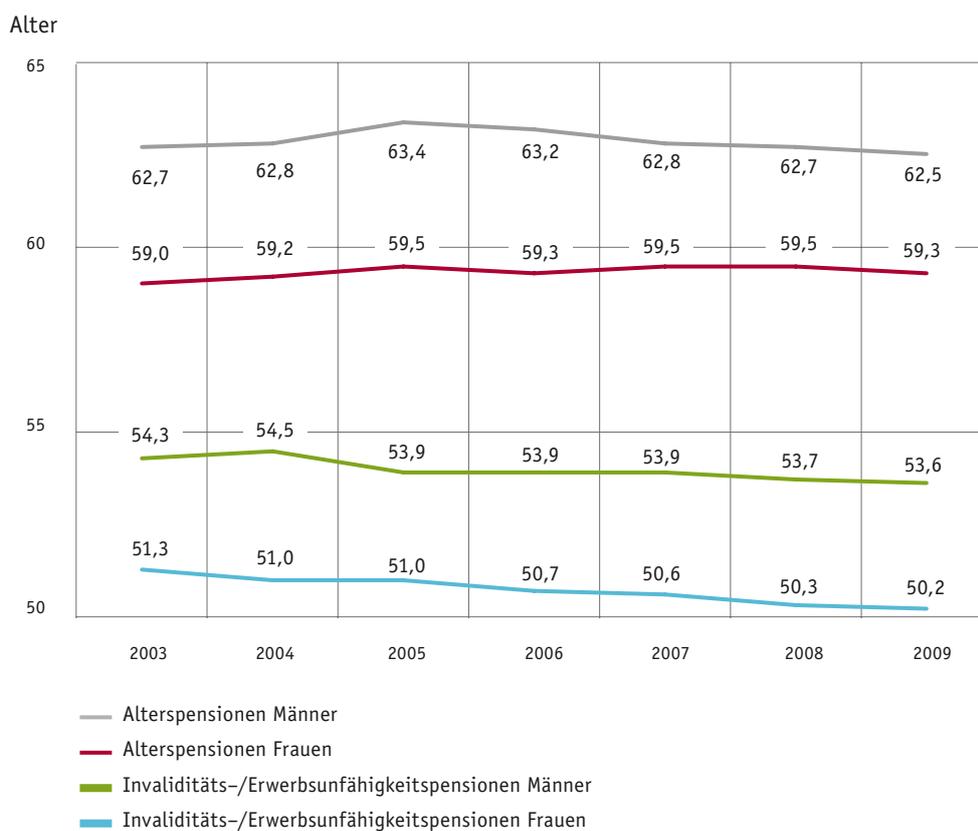
² Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des nominellen BIP

³ Zahlen laut Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger

⁴ Zahlen laut Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger

versicherung. Die Beiträge der Versicherten stiegen 2010 gegenüber 2009 um 2,8 %, während die Ausgaben für Versicherungsleistungen der Pensionsversicherungen um 4,2 % wuchsen.⁵

Entwicklung des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters der Jahre 2003 bis 2009



Quelle: Hauptverband, Darstellung: RH

Der mit der Pensionssicherungsreform 2003 erwartete Anstieg des Antrittsalters zur Pensionsversicherung ist noch nicht eingetreten, im Gegenteil: Seit 2005 sank das Antrittsalter für Alterspensionen wieder, für Männer um 0,9 Jahre auf 62,5 Jahre im Jahr 2009, für Frauen um 0,2 Jahre auf 59,3 Jahre im Jahr 2009.

⁵ Zahlen laut Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger

Kurzfassung

Im Jahr 2009 lag das Antrittsalter für alle Eigenpensionen für Männer bei 59,1 Jahren und für Frauen bei 57,1 Jahren. 38,2 % der Männer gingen im Durchschnittsalter von 53,6 Jahren und 23,7 % der Frauen im Durchschnittsalter von 50,2 Jahren krankheitshalber in Pension. Damit lag das krankheitsbedingte Pensionsantrittsalter von Männern und Frauen im Durchschnitt um jeweils rd. 9 Jahre unter dem Antrittsalter für Alterspensionen.

Durch einen um ein Jahr längeren Verbleib der Versicherten im Erwerbsleben könnte der Aufwand für krankheitsbedingte Pensionen um rd. 388 Mill. EUR gesenkt werden (RH, Reihe Bund 2011/8).

Die Ausgaben für den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung in Höhe von 8,206 Mrd. EUR stiegen gegenüber dem Jahr 2009 (7,655 Mrd. EUR) um 551 Mill. EUR (+ 7,2 %) und lagen um 398 Mill. EUR (+ 5,1 %) über dem Voranschlag 2010 (7,808 Mrd. EUR). Am relativ stärksten davon betroffen war der Bundesbeitrag zur Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. Er lag im Jahr 2010 um 15,6 % über dem Wert von 2009. In absoluten Zahlen nahm der Bundesbeitrag zur Pensionsversicherungsanstalt am stärksten zu (+ 435 Mill. EUR bzw. + 9,8 %).

Den Ausgaben standen geringe Einnahmen aus der Abrechnung von in den Vorjahren zu hoch akontierten Bundesbeiträgen (43 Mill. EUR) gegenüber, sodass im Jahr 2010 der „Nettobeitrag“ des Bundes zur Pensionsversicherung 8,163 Mrd. EUR betrug (+ 1,061 Mrd. EUR bzw. + 14,9 % gegenüber 2009).

Gebarung der Arbeitsmarktpolitik

Die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik (I) betragen 6,061 Mrd. EUR im Jahr 2010 (2009: 5,686 Mrd. EUR) und wuchsen gegenüber 2009 um 375 Mill. EUR (+ 6,6 %). Innerhalb dieser Ausgaben stiegen die arbeitsmarktpolitischen Leistungen gemäß Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG) um 337 Mill. EUR (+ 8,0 %). Dieser Anstieg war trotz sinkender Ausgaben für Arbeitslosengeld (– 33 Mill. EUR) insbesondere auf die steigenden PV-Beiträge für die Bezieher nach dem AIVG aufgrund von Nachzahlungen für Vorjahre (+ 225 Mill. EUR) sowie auf die steigenden Ausgaben für Notstandshilfe (+ 138 Mill. EUR) zurückzuführen. Da die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mit 152 Mill. EUR (+ 3,3 %) geringer stiegen als die Ausgaben, erhöhte sich das Defizit in der Arbeitsmarktpolitik (I) auf 1,243 Mrd. EUR (2009: 1,009 Mrd. EUR) bzw. um 23,2 %.

Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (FLAF) stellt die weitaus wichtigste Quelle für die Finanzierung von Familienleistungen auf Bundesebene dar.

Die Einnahmen des FLAF betragen im Jahr 2010 rd. 5,757 Mrd. EUR (2009 rd. 5,585 Mrd. EUR) und lagen rd. 61 Mill. EUR über dem veranschlagten Betrag. Die Finanzierung erfolgte im Wesentlichen aus dem Dienstgeberbeitrag (rd. 83 %) sowie aus Steuermitteln (rd. 16 %). Die Ausgaben lagen im Jahr 2010 bei rd. 6,446 Mrd. EUR (2009 rd. 6,152 Mrd. EUR) und waren somit 112 Mill. EUR unter dem Voranschlag. Der überwiegende Teil diente der Finanzierung der Familienbeihilfe (rd. 53 %), des Kinderbetreuungsgeldes (rd. 18 %) sowie der Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten (rd. 13 %).

Die Ausgaben des FLAF überschritten die Einnahmen in den letzten Jahren deutlich. Die Einnahmen des FLAF reichen seit mehreren Jahren nicht mehr aus, um die gesetzlich vorgesehenen Leistungen zu finanzieren. Im Jahr 2010 betragen die nicht gedeckten Ausgaben 690 Mill. EUR.

Neben dem FLAF wurde durch das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 auch der Reservefonds für Familienbeihilfen zur Deckung der Abgänge des FLAF eingerichtet. Sind die flüssigen Mittel des Reservefonds erschöpft, hat der Bund die Abgänge des FLAF vorschussweise aus allgemeinen Budgetmitteln zu decken. Die geleisteten Zahlungen sind mit allfälligen Überschüssen des FLAF in den folgenden Jahren zu verrechnen. Da aus der Gebarung des FLAF in den letzten Jahren kein Überschuss mehr resultierte, ergab sich ein stetiger Finanzierungsbedarf des Reservefonds aus allgemeinen Budgetmitteln. Zum 31. Dezember 2010 hatte der Bund Forderungen gegenüber dem Reservefonds in Höhe von 3,696 Mrd. EUR.

Kurzfassung

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen bei der Budgeterstellung (TZ 2.2)

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die bei der Budgeterstellung im Juni 2009⁶ („Doppelbudget“ 2009/2010) herangezogen wurden, basierten auf der WIFO-März-Prognose 2009. Im Folgenden werden die Parameter, die der Budgeterstellung zugrunde gelegt wurden den (vorläufigen) Ist-Werten aus 2010⁷ gegenübergestellt.

Wirtschaftliche Daten der Budgeterstellung 2010

	Basis für Budgeterstellung 2010 (Wifo 3/09)				Ist- Werte	Abweichung	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012
	Veränderung in %				Veränderung in %-Punkten		
Bruttoinlandsprodukt							
real	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 3,0	+ 1,8
nominell	+ 1,3	+ 2,8	+ 3,5	+ 4,2	+ 3,7	+ 5,3	+ 3,9
nominell absolut (Mrd. EUR)	283,9	291,9	302,2	315,0	284,4	299,5	311,1
Verbraucherpreise	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,9	+ 3,2	+ 2,6
Lohn- und Gehaltssumme, brutto							
nominell	+ 0,5	+ 1,7	+ 2,5	+ 3,2	+ 2,4	+ 4,4	+ 4,0
pro Kopf, nominell	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,7	+ 3,2
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 0,6	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,9
Arbeitslose							
Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr	+ 33,0	+ 15,0	+ 0,0	- 8,2	- 9,5	- 9,0	+ 3,0
in 1000 (absolut)	298,3	313,3	313,3	305,1	250,8	241,8	244,8
Arbeitslosenquote							
in % der unselbständig Beschäftigten (AMS)	8,2	8,5	8,5	8,2	6,9	6,6	6,6

Quelle: Strategiebericht 2010–2013, Statistik Austria, Wifo-Prognose 7/2011

⁶ Einlangen des BFG-Entwurfs im Nationalrat am 16. Juni 2009, Beschluss am 23. Juli 2009.

⁷ Bruttoinlandsprodukt: Statistik Austria (10. Juni 2011), Verbraucherpreise: Statistik Austria (28. Februar 2011), Lohn- und Gehaltssumme sowie Unselbständig aktiv Beschäftigte: Wifo-Konjunkturprognose 7/2011, Arbeitslosenzahlen lt. AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger (Darstellung Statistik Austria, 15. Juni 2011).

Das Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich im Jahr 2010 sowohl nominell (+ 3,7 %) als auch real (+ 2,1 %) besser, als bei der Budgeterstellung angenommen wurde (März-Prognose 2009). Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten (+ 0,8 %) sowie die Brutto-Lohn- und Gehaltssumme nahmen stärker zu als dem BVA zugrunde gelegt wurde (insgesamt + 2,4 % bzw. pro Kopf + 1,5 %). Die Zahl der Arbeitslosen (250.782 Personen, minus 9.527 gegenüber dem Vorjahr) bzw. die Arbeitslosenquote laut AMS (6,9 %) lagen unter dem bei der Budgeterstellung angenommenen Wert. Die Preissteigerung (Verbraucherpreisindex - VPI) lag mit 1,9 % über dem bei der Erstellung des BVA zugrunde gelegten Wert von 1,1 %.

Auswirkungen der Budgetgebarung 2010 auf die Ziele der Haushaltsführung (TZ 2.8)

Rechtlicher Rahmen

Die Haushaltsführung ist unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu gestalten (§ 2 BHG), wobei gemäß Bundesverfassung (Art. 13 Abs. 2 B-VG) die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes sicherzustellen und nachhaltig geordnete Haushalte anzustreben sind. Die Verfassung sieht überdies eine Koordination der Gebietskörperschaften hinsichtlich dieser Ziele vor, d.h. dass die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) in der Haushaltsführung zu berücksichtigen ist (§ 2 BHG). Darüber hinaus haben der Bund, die Länder und die Gemeinden bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben (Art. 13 Abs. 3 B-VG).

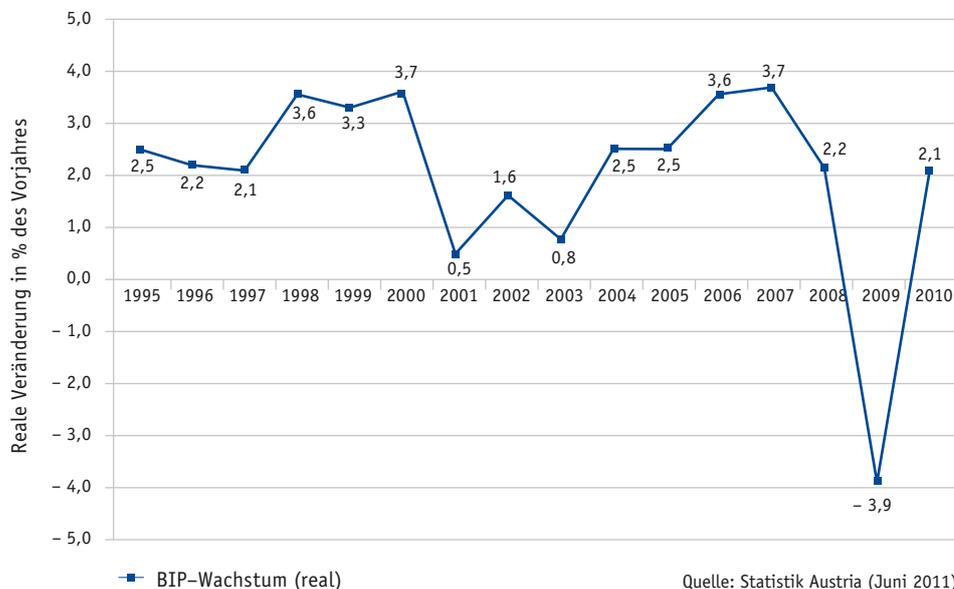
Gemäß § 2 Abs. 2 BHG zeichnet sich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem hohen Beschäftigtenstand, einem hinreichend stabilen Geldwert, der Sicherung des Wachstumspotenzials und der Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes aus.

Wachstum

Das reale BIP-Wachstum 2010 beschleunigte sich gegen Ende des Jahres 2010 merklich. Es betrug + 2,1 % (2009: - 3,9 %) über das gesamte Jahr 2010 und lag damit um 1,6 Prozentpunkte über dem dem Bundesvoranschlag mit + 0,5 % zugrunde gelegten Wert.

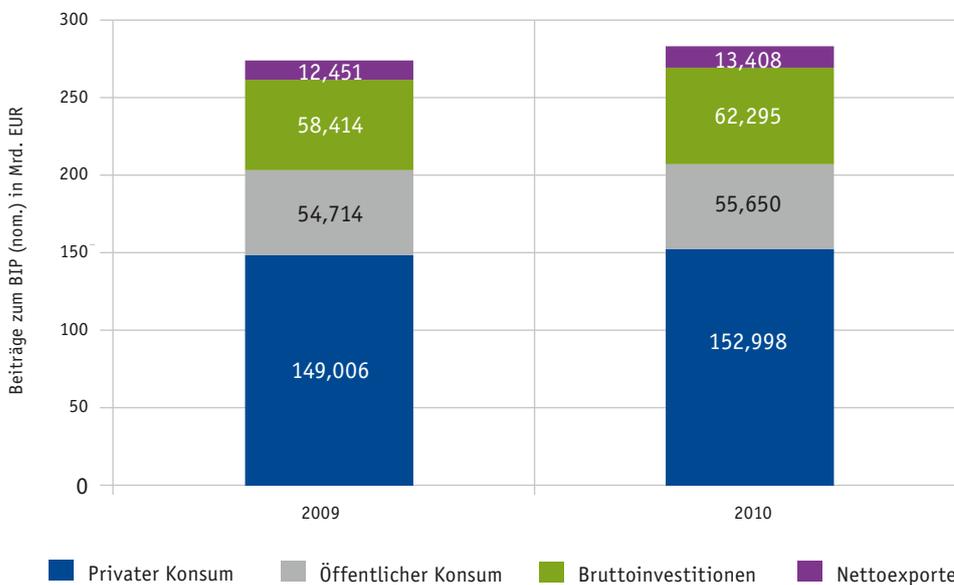
Kurzfassung

Entwicklung des realen BIP-Wachstums 1995 bis 2010



Das nominelle BIP betrug 284,410 Mrd. EUR (2009: 274,320 Mrd. EUR). Mit + 3,7 % (2009: - 3,1 %) lag das Wachstum um 2,4 Prozentpunkte über dem dem Bundesvoranschlag mit + 1,3 % zugrunde gelegten Wert.

Zusammensetzung des nominellen BIP 2009 und 2010



Die privaten und öffentlichen Konsumausgaben lagen bei 208,648 Mrd. EUR (2009: 203,720 Mrd. EUR) und stiegen um 2,4 % (real: + 0,7 %). Der Beitrag der Konsumausgaben zum realen BIP-Wachstum betrug 0,5 %. Stärker trugen die Bruttoinvestitionen und die Nettoexporte zum Wachstum bei. Die Bruttoinvestitionen stiegen um 6,6 % (real: + 3,4 %) auf 62,295 Mrd. EUR (2009: 58,414 Mrd. EUR) und ließen das reale BIP um 0,7 % steigen. Sowohl die Exporte (156,737 Mrd. EUR) als auch die Importe⁸ (143,330 Mrd. EUR) stiegen nominell um mehr als 13 % (real: + 10,6 % bzw. + 9,4 %), wobei trotz stärkeren Importwachstums ein positiver Außenbeitrag (13,408 Mrd. EUR) verzeichnet werden konnte. Der Anstieg der Nettoexporte trug 1,2 % zum Wachstum des realen BIP bei.

Stabiler Geldwert

Die Preissteigerung (Verbraucherpreisindex – VPI) lag mit 1,9 % (2009: 0,5 %) über dem bei der Erstellung des Bundesvoranschlags zugrunde gelegten Wert von 1,1 %. Der Anstieg der Preise im Energiebereich war hauptverantwortlich für die Preissteigerung gegenüber dem Vorjahr. Der VPI stieg im März 2010 sprunghaft an und verharrte dann bis November auf einem Niveau von etwa 2 %. Im Dezember stieg der VPI auf 2,3 % an. Seit Februar 2011 liegt der VPI im Vergleich zum Vorjahr über der 3-Prozent-Marke.

Beschäftigungsstand

Die Bundesregierung nahm bei der Budgeterstellung einen Beschäftigungsrückgang (unselbständig aktiv Beschäftigte) von 0,6 % an. Tatsächlich stieg im Jahr 2010 die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 0,8 %. Im Jahresdurchschnitt 2010 waren rd. 3.686.400 Personen aktiv erwerbstätig, davon rd. 3.260.000 unselbständig aktiv beschäftigt. Die österreichische Beschäftigungsquote stieg von 71,6 % im Jahr 2009 auf 71,7 % im Jahr 2010.

Von 2009 auf 2010 fielen die Arbeitslosenquoten auf 6,9 % (2009: 7,2 %) laut AMS (nationale Definition) bzw. auf 4,4 % (2009: 4,8 %) laut Eurostat (internationale Definition). Der Budgeterstellung im März 2009 hatte die Bundesregierung eine Arbeitslosenquote laut AMS (nationale Definition) von 8,2 % bzw. laut Eurostat (internationale Definition) von 5,8 % zugrunde gelegt.

⁸ Im Unterschied zu der Darstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts umfassen die Exporte und Importe bei der Zusammensetzung des BIP Dienstleistungen und Güter.

Kurzfassung

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Nach dem deutlichen Rückgang im Jahr 2009 (– 20,2 %) stiegen im Jahr 2010 die Exporte der Güter im österreichischen Außenhandel um 16,7 % auf 109,373 Mrd. EUR (2009: 93,739 Mrd. EUR) an. Während im Jänner 2010 das Wachstum gegenüber dem Vorjahr noch negativ war (– 2,7 %), wuchsen die Exporte im August des Jahres 2010 um 28,8 %. Zum Jahresende (November, Dezember) lag das Wachstum der Exporte gegenüber dem Vorjahr etwa bei 20 %.

Die Importe der Güter betrugen 113,652 Mrd. EUR (2009: 97,574 Mrd. EUR) und waren um 16,5 % höher als im Vorjahr. Das Wachstum der Importe gegenüber dem Vorjahr verlief nahezu parallel zum Wachstum der Exporte. Es war zu Jahresbeginn negativ (Jänner 2010: – 2,1 %) und verzeichnete seinen Höhepunkt im August 2010 mit 27,3 %. Im Dezember 2010 ging das Wachstum der Importe gegenüber dem Vorjahr jedoch auf 18,9 % zurück.

Im Unterschied zur Darstellung der Zusammensetzung des BIP umfassen die Exporte und Importe beim österreichischen Außenhandel ausschließlich Güter.

Ein umfassenderer Indikator zur Messung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist der Leistungsbilanzsaldo. Die Leistungsbilanz zeigt alle Transaktionen eines Jahres zwischen dem Inland und dem Ausland an. Sie umfasst Güter, Dienstleistungen, Einkommen und laufende Transfers. Ein Leistungsbilanzüberschuss bedeutet einen Vermögenszuwachs im Inland, aber gleichzeitig einen Kapitalabfluss ins Ausland. Seit dem Jahr 2002 weist Österreich einen Leistungsbilanzüberschuss auf. Er lag 2010 bei 3,1 % des BIP (2009: 2,7 % des BIP) und stieg gegenüber 2009 um 0,3 Prozentpunkte.

Nachhaltigkeit der Haushaltsführung

Um die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, ist im Allgemeinen ein Primärüberschuss des öffentlichen Haushalts nötig. Der Primärsaldo errechnet sich aus dem Saldo des Allgemeinen Haushalts bereinigt um die Veränderung der Rücklagen und um die Zinsen. Ein positiver Primärsaldo wird als Primärüberschuss definiert. Der Primärsaldo gibt Aufschluss über die Auswirkungen der aktuellen Budgetpolitik auf die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Im Jahr 2010 war der Primärsaldo des Bundes negativ (– 3,067 Mrd. EUR), ebenso wie im Jahr

2009 (-5,990 Mrd. EUR). Das bedeutet, dass der Bund nicht nur den Zinsaufwand, sondern auch operative Ausgaben durch weitere Schulden finanzieren musste. Im Zeitraum 1997 bis 2008 war der Primärsaldo immer positiv. Gemäß Bundesfinanzrahmengesetz 2012 bis 2015 und Strategiebericht 2012 bis 2015 wird der Primärsaldo erst wieder im Jahr 2013 positiv sein.

Berechnung des Primärsaldos für die Jahre 2006 bis 2010

	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010		
	in Mrd. EUR						in %	
Ausgaben	64,338	65,897	74,477	69,457	67,287	- 2,170	- 3,1	
Einnahmen	59,921	63,027	64,913	62,376	59,434	- 2,942	- 4,7	
Saldo des Allgemeinen Haushalts (Administrativer Saldo)	- 4,416	- 2,870	- 9,564	- 7,080	- 7,853	- 0,773	+ 10,9	
Veränderung der Rücklagen	+ 0,267	+ 0,995	+ 6,778	- 5,629	- 0,943	+ 4,686	- 83,3	
Zinsaufwand, netto	+ 6,846	+ 6,757	+ 6,702	+ 6,718	+ 5,729	- 0,989	- 14,7	
Primärsaldo des Bundes	2,696	4,882	3,917	- 5,990	- 3,067	+ 2,924	- 48,8	
Bereinigte Finanzschulden	145,266	147,377	161,972	168,716	176,771	+ 8,055	+ 4,8	
BIP	256,951	272,010	283,085	274,320	284,410	10,090	+ 3,7	
	in % des BIP							
Primärsaldo des Bundes	1,0	1,8	1,4	- 2,2	- 1,1	+ 1,1		
Bereinigte Finanzschulden	56,5	54,2	57,2	61,5	62,2	+ 0,7		

Quelle: HIS, BIP-Statistik Austria (Juni 2011), eigene Berechnung

Kurzfassung

Der Bundeshaushalt im Rahmen der wirtschaftspolitischen Verpflichtungen auf EU-Ebene (TZ 2.9)

Stabilitätsprogramm und budgetäre Notifikation

Die in Artikel 126 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ex-Art. 104 EGV) festgelegten fiskalen Rahmenbedingungen sowie das beigefügte Protokoll mit den definierten Referenzwerten (Maastricht-Kriterien) für öffentliche Defizite (3 % des BIP) und Schuldenstände (60 % des BIP) stellen wichtige Grundlagen für die multilaterale Überwachung und Steuerung der europäischen Währungs- und Wirtschaftspolitik dar. Österreich – als Mitglied der Eurozone – ist verpflichtet, jährlich ein Stabilitätsprogramm vorzulegen, in welchem der Budget- und Schuldenpfad, das mittelfristige Budgetziel sowie die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen dargestellt werden. Weiters verpflichtet sich Österreich, zweimal jährlich Daten über die Budgetentwicklung an die Europäische Kommission zu übermitteln (budgetäre Notifikation jeweils Ende März und Ende September).

Am 2. Dezember 2009 stellte der EU-Rat für „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN) ein übermäßiges Defizit in Österreich fest, leitete ein Defizitverfahren ein und gab Empfehlungen gemäß Art. 126 (7) AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) ab. Er empfahl insbesondere, ab dem Jahr 2011 mit der Budgetkonsolidierung zu beginnen, um das Defizit 2013 wieder unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu senken. Dazu muss der Saldo durchschnittlich um + 0,75 Prozentpunkte pro Jahr im Zeitraum 2011 bis 2013 verändert werden.

Unter dieser Prämisse wurde das aktuelle Stabilitätsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013 erstellt und am 26. Jänner 2010 an die Europäische Kommission übermittelt. Die Bundesregierung hielt am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus fest und bekannte sich dazu, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um bis 2013 das öffentliche Defizit auf einen Wert von 3 % des BIP zurückzuführen. Im Stabilitätsprogramm kündigte die Bundesregierung Konsolidierungsmaßnahmen ab dem Jahr 2011 an.

Am 17. März 2010 veröffentlichte die Europäische Kommission Empfehlungen für eine Stellungnahme des ECOFIN zum österreichischen Stabilitätsprogramm. Der ECOFIN gab auf Basis dieser Empfehlungen am 26. April 2010 eine Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm ab, in der er Österreich aufforderte, die Konsolidierungsmaßnahmen für die Jahre 2011 bis 2013 zu konkretisieren. Die Konsolidierungsmaßnahmen sollten nicht nur dazu beitragen, das Defizit unter die 3-%-Marke zu senken, sondern auch dafür sor-

gen, dass die Verschuldungsquote wieder auf 60 % des BIP zurückgeführt wird. Zusätzlich forderte der ECOFIN eine Verbesserung des Haushaltsrahmens, um die Haushaltsdisziplin auf allen Ebenen des Staates durch mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht zu stärken, namentlich durch eine Angleichung der legislativen, administrativen und finanzpolitischen Zuständigkeitsbereiche zwischen den verschiedenen Regierungsebenen.

Im Bericht der Europäischen Kommission vom 15. Juni 2010 an den ECOFIN über die von Österreich „gesetzten Maßnahmen“ zur Beseitigung des übermäßigen Defizits analysierte die Kommission die Konsolidierungsstrategie Österreichs auf Basis des Bundesfinanzrahmengesetzes 2011 bis 2014. Darin hielt die Kommission weiterhin fest, dass die geplanten Maßnahmen (60 % Ausgabeneinsparung bzw. 0,6 % des BIP und 40 % Einnahmenerhöhung) noch nicht ausreichend konkretisiert seien. Auch Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftigen Kosten aus der Übernahme der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG sowie hinsichtlich der Haftungen für die Schulden der ASFINAG und den ÖBB könnten ungünstige Auswirkungen auf den Schuldenstand haben. Dennoch erachtete die Europäische Kommission die österreichischen Anstrengungen als ausreichend, um den Ratsempfehlungen gemäß Art. 126 (7) AEUV (Rückführung des Defizits unter 3 % des BIP bis zum Jahr 2013) Folge zu leisten.

Die Bundesregierung legte dem Nationalrat am 30. November 2010 den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 2011 vor. In den Beilagen (Budgetbericht 2011) wurde die Konsolidierungsstrategie dargelegt. Die Bundesregierung ging dabei von einer Rückführung des öffentlichen Defizits unter den Referenzwert von 3 % des BIP bis Ende 2012 aus.

Das aktuelle Stabilitätsprogramm für die Jahre 2010 bis 2014 wurde am 27. April 2011 an die Europäische Kommission übermittelt. Darin wurde insbesondere der Konsolidierungskurs der Bundesregierung beschrieben. Das öffentliche Defizit soll von 3,9 % auf 2,4 % des BIP (2011 bis 2014) zurückgehen; das entspricht jährlich 0,5 % des BIP. Der öffentliche Schuldenstand steigt bis 2013 auf 75,5 % des BIP an und soll 2014 auf 75,1 % des BIP sinken.

Auf Grundlage der Bewertung des österreichischen Stabilitätsprogramms durch die Europäische Kommission am 7. Juni 2011 veröffentlichte der ECOFIN am 12. Juli 2011 seine Empfehlungen zum Nationalen Reformprogramm 2011 und zum Stabilitätsprogramm 2011 bis 2014.

Kurzfassung

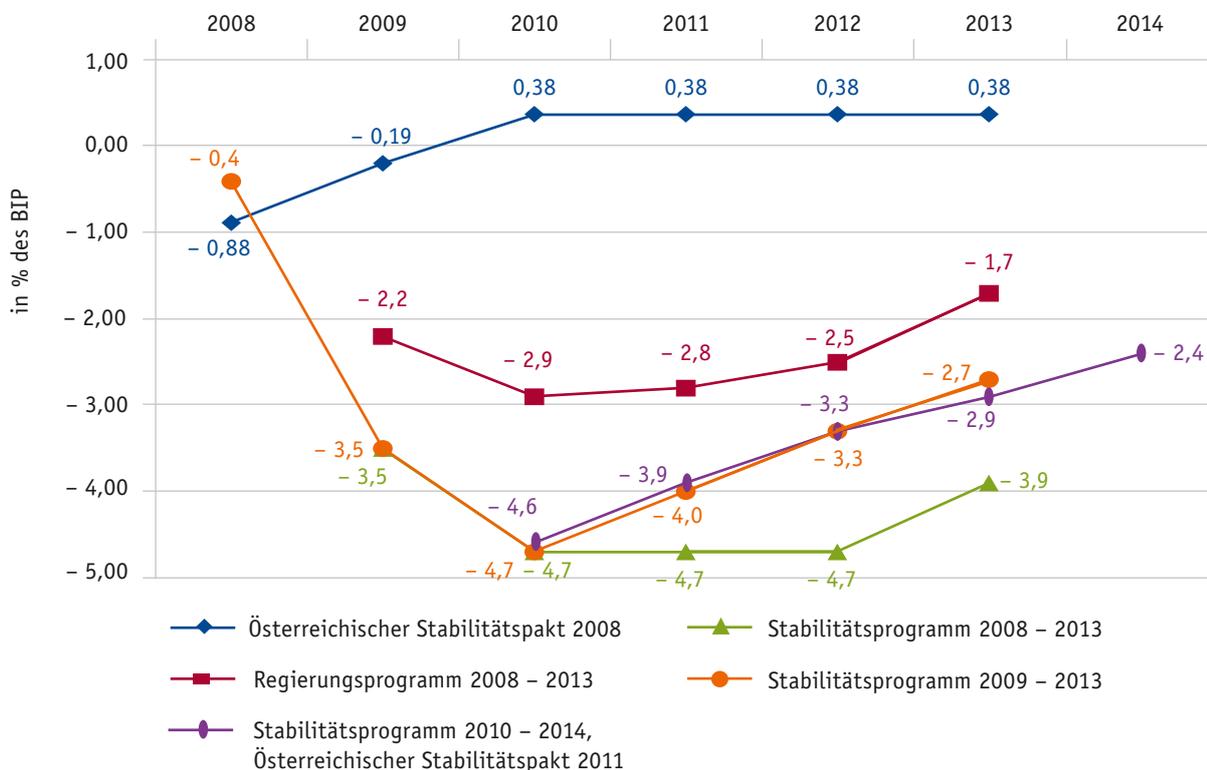
In seinen aktuellen Empfehlungen forderte der ECOFIN Österreich auf, die Erholung der Wirtschaft zu nutzen, um die Konsolidierung – unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaftsebenen – zu beschleunigen und die Schuldenquote rascher wieder zurückzuführen. Dabei verwies der ECOFIN auf die Vorgabe einer jährlichen Saldenverbesserung von 0,75 % des BIP.

Weiters empfahl der ECOFIN – wie schon im April 2010 – eine Verbesserung des Haushaltsrahmens, um die Haushaltsdisziplin auf allen Ebenen des Staates durch mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht zu stärken. Reformpotenzial sah er weiters im Gesundheits-, Schul- und Pensionssystem. Bei Letzterem forderte der ECOFIN ein Auslaufen der Pensionsregelung für Langzeitversicherte und eine erschwerte Gewährung von Invaliditätspensionen.

Aufgrund der budgetwirksamen Maßnahmen als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise, die erst nach Abschluss der Vereinbarung des Stabilitätspaktes 2008 beschlossen wurden, weichen das Regierungsprogramm 2008 bis 2013 sowie die Stabilitätsprogramme 2008 bis 2013 bzw. 2009 bis 2013 vom ursprünglichen Ziel des ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2010 ab. In ihrem Stabilitätsprogramm 2009 bis 2013 bekannte sich die Bundesregierung dazu, das Defizit wieder unter 3 % des BIP gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU zurückzuführen. Dieses Ziel wurde auch im Stabilitätsprogramm 2010 bis 2014 sowie im Österreichischen Stabilitätspakt 2011 verfolgt. Aus der Sichtweise des RH sind entsprechende Maßnahmen unbedingt erforderlich, um das gesamtstaatliche Defizitziel laut Stabilitätsprogramm 2010 bis 2014 von – 2,4 % des BIP im Jahr 2014 zu erreichen.

Die Stabilitätsprogramme 2009 bis 2013 sowie 2010 bis 2014 wichen – aufgrund der Wirtschaftskrise und der darauffolgend geplanten Budgetkonsolidierung – von dem österreichischen Stabilitätspakt 2008, dem Regierungsprogramm 2008 bis 2013 sowie dem Stabilitätsprogramm 2008 bis 2013 deutlich ab. In den Stabilitätsprogrammen 2009 bis 2013 sowie 2010 bis 2014 bekannte sich die Bundesregierung dazu, das Defizit bis 2013 wieder unter 3 % des BIP gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU zurückzuführen. Der RH hält daher strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere im Rahmen des Verwaltungsreformprozesses, zur Erreichung einer nachhaltigen Budgetsanierung für unabdingbar.

Vergleich von Defizitzielen des Staates



Die Entwicklung der Maastricht-Kriterien

Nachdem im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise auf EU-Ebene Pakete zur Rettung des Euro geschnürt werden mussten und es in Griechenland Ungeheimheiten bei der Berechnung des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstands gab, definierte Eurostat verschärfte Auslegungsregeln des ESGV 95. Die neuen Auslegungsregeln wurden im Eurostat-Handbuch „Manual on Government Deficit and Debt“ (Herbst 2010) publiziert. Demgemäß müssen ab der März-Notifikation 2011 alle Schulden von Unternehmen, für die der Staat sich vertraglich zur Bedienung verpflichtet hat, unmittelbar dem Staat zugeordnet werden. Weiters sind staatliche Garantien, die wiederholt in Anspruch genommen werden bzw. deren künftige Inanspruchnahme sehr wahrscheinlich ist, Maastricht-wirksam. Schließlich waren für Österreich Eurostat-Empfehlungen zu Cash Collaterals⁹ und die Debatte bezüglich der Behandlung von Bad Banks (KA Finanz AG) von Bedeutung.

⁹ Cash Collaterals sind Bareinlagen, die der Staat im Zusammenhang mit Absicherungsgeschäften gegen das Zinsrisiko entgegennimmt.

Kurzfassung

Aufgrund der erforderlichen „Reklassifikationen“ kam es im März 2011 für das Jahr 2010 zu einer Anpassung des öffentlichen Defizits von 10,283 Mrd. EUR auf 13,169 Mrd. EUR (– 4,64 % des BIP). Der öffentliche Schuldenstand stieg aufgrund der Anpassungen 2010 von 195,688 Mrd. EUR auf 205,212 Mrd. EUR (72,26 % des BIP).

Abweichend zur VWV berücksichtigte die Statistik Austria in der Defizit-Notifikation des Bundes (März 2011) für das Jahr 2010 bereits eine Herabsetzung des Partizipationskapitals der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG in Höhe von 700 Mill. EUR. Die Herabsetzung des Partizipationskapitals wurde von der Hauptversammlung im Mai 2011 in Höhe von 771 Mill. EUR (davon 625 Mill. EUR des Bundesanteils) beschlossen.

Die Entwicklung des öffentlichen Defizits auf gesamtstaatlicher Ebene im Bezug auf den Referenzwert von 3 % des BIP zeigt, dass der Wert in den Jahren 2006 bis 2008 unterschritten und im Jahr 2009 und 2010 überschritten wurde.

Entwicklung des öffentlichen Defizits 2006 bis 2010 nach Teilsektoren des Staates

Öffentliches Defizit nach Teilsektoren des Staates	2006	2007	2008	2009	2010
Sektor/Teilsektor	in Mrd. EUR				
Sektor Staat, insgesamt	– 4,006	– 2,372	– 2,635	– 11,296	– 13,169
Bundessektor	– 3,769	– 2,437	– 3,025	– 8,767	– 10,374
Landesebene (ohne Wien)	– 0,529	0,078	0,129	– 1,946	– 1,936
Gemeindeebene (einschl. Wien)	0,295	0,242	0,115	– 0,785	– 1,360
Sozialversicherungsträger	– 0,003	– 0,254	0,147	0,202	0,500
BIP	256,951	272,010	283,085	274,320	284,002
	in % des BIP				
Sektor Staat, insgesamt	– 1,56	– 0,87	– 0,93	– 4,12	– 4,64
Bundessektor	– 1,47	– 0,90	– 1,07	– 3,20	– 3,65
Landesebene (ohne Wien)	– 0,21	0,03	0,05	– 0,71	– 0,68
Gemeindeebene (einschl. Wien)	0,11	0,09	0,04	– 0,29	– 0,48
Sozialversicherungsträger	0,00	– 0,09	0,05	0,07	0,18

Quelle: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2011), BIP März 2011

Im Jahr 2010 wiesen alle Gebietskörperschaftsebenen ein Defizit auf. Das Finanzierungsdefizit betrug im Bundessektor – 3,65 % (2009: – 3,20 %) bzw. im Bund – 3,63 % (2009: – 3,16 %), auf Landesebene (ohne Wien) – 0,68 % (2009: – 0,71 %) und auf Gemeindeebene (mit Wien) – 0,48 % (2009: – 0,29 %) jeweils des BIP. Der Teilsektor Sozialversicherungsträger erzielte einen Überschuss von 0,18 % (2009: 0,07 %) des BIP.

Damit wurden die im Österreichischen Stabilitätspakt 2008 für das Jahr 2010 festgelegten Werte weder durch den Bund (– 3,65 % statt – 0,14 %), die Länder einschließlich Wien (–0,89 % statt 0,52 %) noch die Gemeinden (–0,27 % statt 0,00 %) eingehalten.

Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands nach Teilsektoren des Staates

Öffentlicher Schuldenstand nach Teilsektoren des Staates	2006	2007	2008	2009	2010
Sektor/Teilsektor	in Mrd. EUR				
Sektor Staat, insgesamt	161,393	165,024	180,475	191,002	205,212
Bundessektor	146,146	149,242	162,782	168,953	179,243
Landesebene (ohne Wien)	8,483	9,395	10,621	13,333	16,071
Gemeindeebene (einschl. Wien)	4,903	5,035	5,356	6,162	7,911
Sozialversicherungsträger	1,861	1,352	1,716	2,554	1,987
BIP	256,951	272,010	283,085	274,320	284,002
	in % des BIP				
Sektor Staat, insgesamt	62,81	60,67	63,75	69,63	72,26
Bundessektor	56,88	54,87	57,50	61,59	63,11
Landesebene (ohne Wien)	3,30	3,45	3,75	4,86	5,66
Gemeindeebene (einschl. Wien)	1,91	1,85	1,89	2,25	2,79
Sozialversicherungsträger	0,72	0,50	0,61	0,93	0,70

Quelle: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2011)

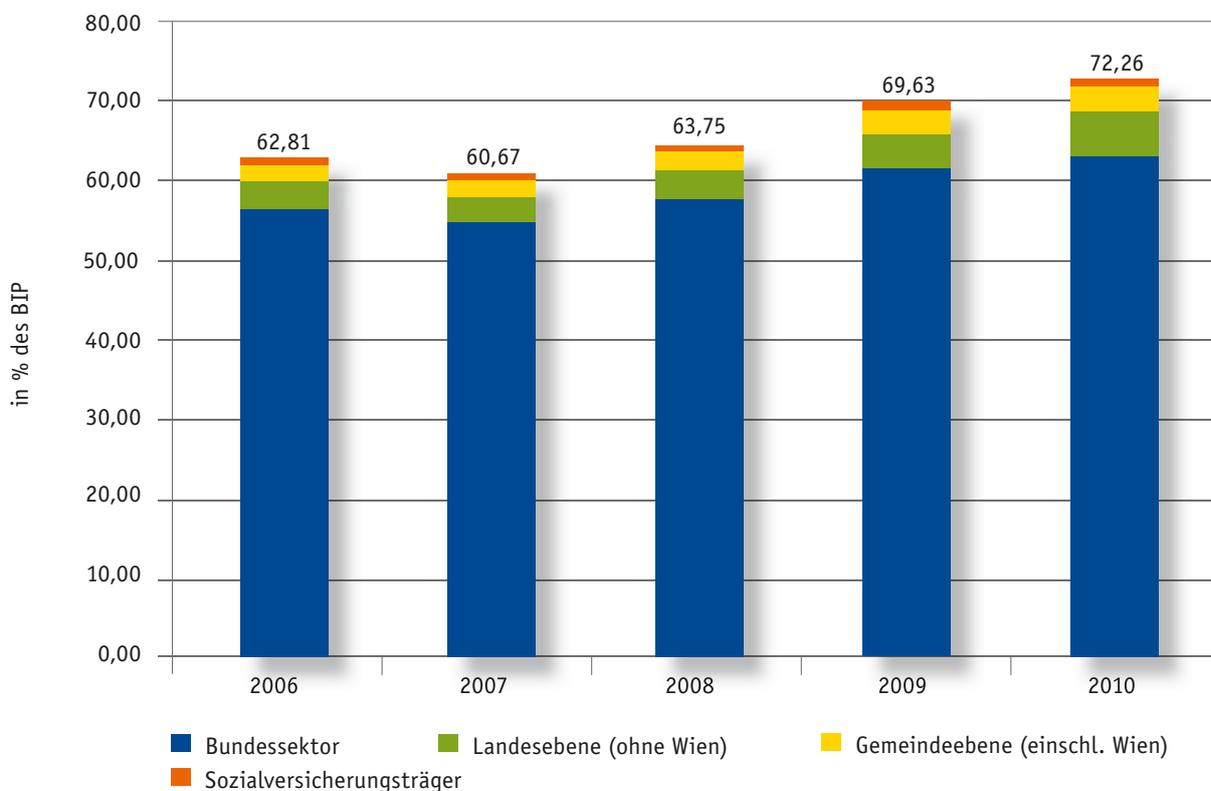
Kurzfassung

Der öffentliche Schuldenstand betrug 205,212 Mrd. EUR (2009: 191,002 Mrd. EUR) und lag mit 72,26 % (2009: 69,63 %) des BIP über der Referenzmarke (Maastricht-Kriterien) von 60 %. Rund 87 % der Staatsschulden waren 2010 dem Bundessektor zuzuordnen.

Der Schuldenstand betrug im Bundessektor 63,11 % (2009: 61,59 %), auf Landesebene (ohne Wien) 5,66 % (2009: 4,86 %), auf Gemeindeebene (mit Wien) 2,79 % (2009: 2,25 %) und im Teilssektor Sozialversicherungsträger 0,70 % (2009: 0,93 %) jeweils des BIP.

Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung 2006 bis 2010 der Schuldenquote in Prozent des BIP, gegliedert nach den Teilssektoren des öffentlichen Sektors:

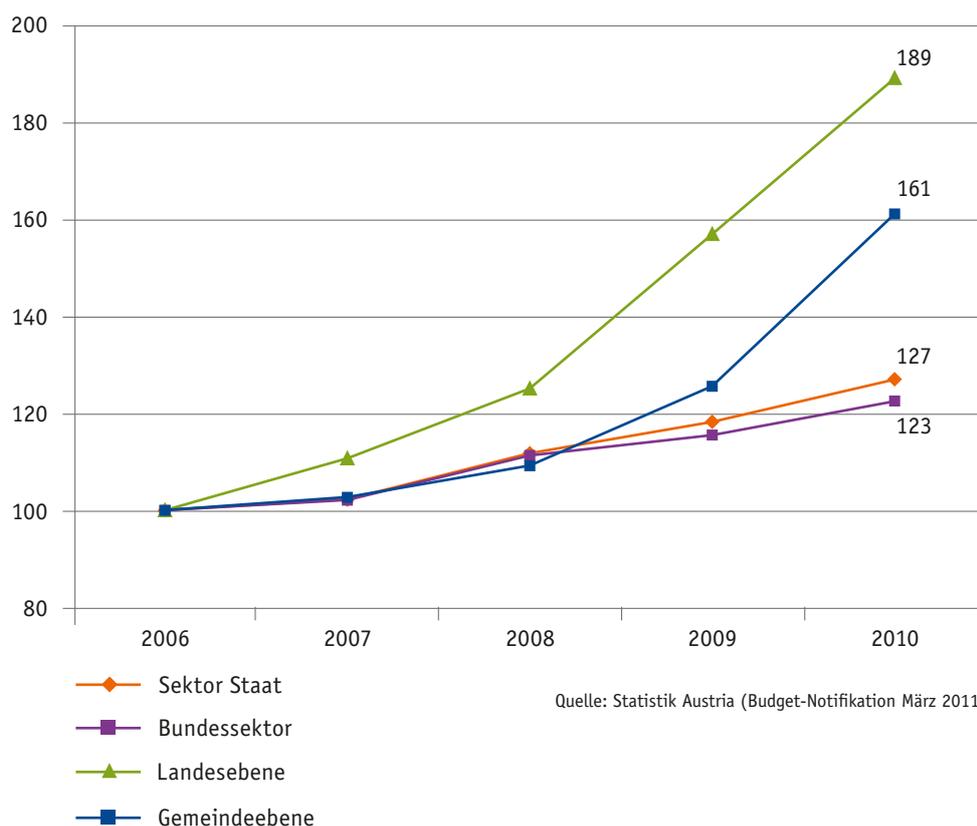
Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote (in % des BIP)



Die Anteile der Teilssektoren des Staates an der öffentlichen Verschuldung entwickelten sich wie folgt: Der Anteil des Bundessektors betrug 90,6 % im Jahr 2006 und fiel auf 87,3 % im Jahr 2010 trotz absoluter Zunahme um 33,097 Mrd.

EUR. Die Landesebene hatte im Jahr 2006 einen Anteil von 5,3 %, der bis zum Jahr 2010 um 7,588 Mrd. EUR auf 7,8 % anwuchs. Im Jahr 2006 betrug der Anteil der Gemeindeebene 3,0 % und stieg bis 2010 um 3,008 Mrd. EUR auf 3,9 %. Der Anteil der Verschuldung der Sozialversicherungsträger verharrte in etwa bei 1 % über den gesamten Beobachtungszeitraum (+ 126 Mill. EUR).

Entwicklung der Verschuldung 2006–2010 (2006 = Index 100)



Der relativ größte Anstieg der öffentlichen Verschuldung im Zeitraum 2006 bis 2010 erfolgte auf Landesebene, wobei das Wachstum ab dem Jahr 2008 deutlich stärker als im Bundessektor war. Die öffentliche Verschuldung der Gemeinden verzeichnete in den Jahren 2009 und 2010 einen bedeutenden Anstieg. Geringer war die Veränderung der Verschuldung im Bundessektor, sie verlief konstant steigend. Die Entwicklung der gesamtstaatlichen Verschuldung ist vom Bundessektor dominiert und entwickelt sich deshalb nahezu parallel dazu.

Kurzfassung

Entwicklung des öffentlichen Schuldenstands nach Teilsektoren des Staates

Die Entwicklung der Staatsausgaben und Staatseinnahmen

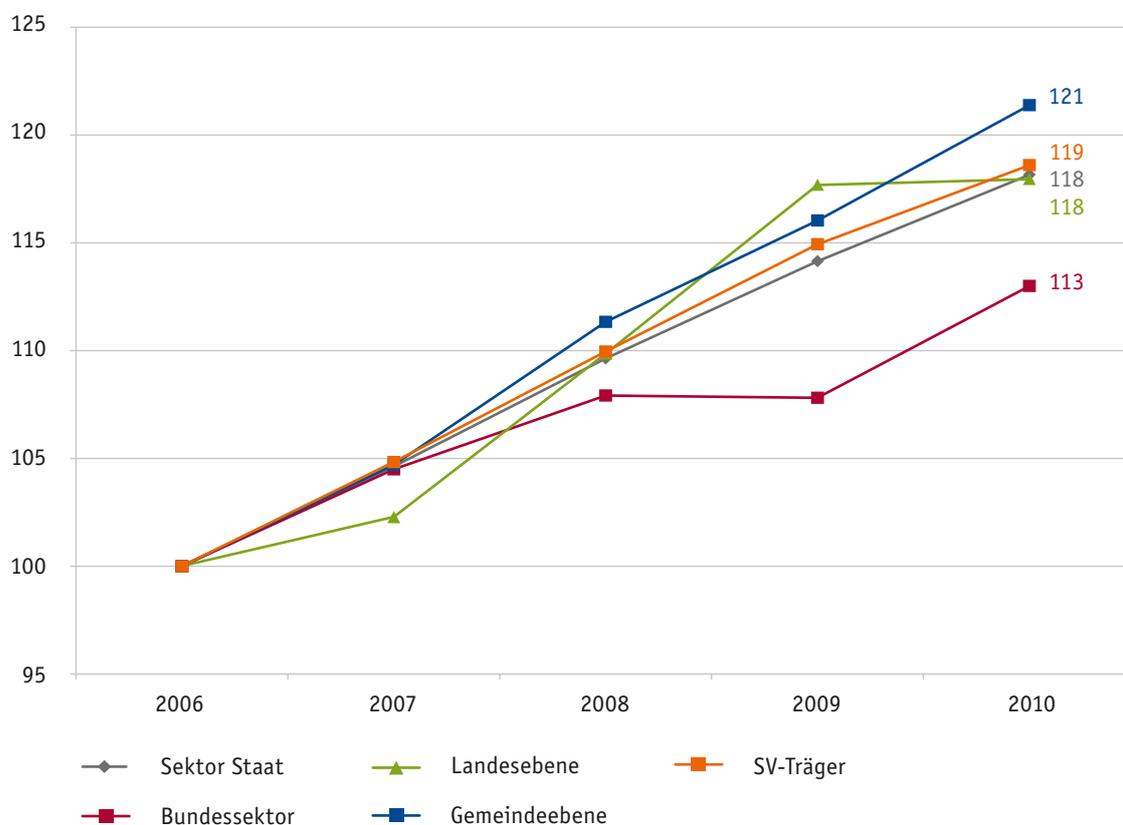
Die konsolidierten Staatsausgaben laut ESVG 95 betragen 150,401 Mrd. EUR (52,96 % des BIP) im Jahr 2010 und wuchsen gegenüber 2009 um 3,5 %.

Entwicklung der Staatsausgaben 2006 bis 2010 laut ESVG 95

Ausgaben	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2006/2010	Veränderung 2009/2010	Anteil 2010
	in Mrd. EUR					in %		
Sektor Staat (konsolidiert)	127,286	133,172	139,550	145,294	150,401	+ 18,2	+ 3,5	
Sektor Staat	154,488	161,102	168,706	173,493	179,747	+ 16,4	+ 3,6	100,0
Bundessektor	69,070	72,174	74,538	74,466	78,048	+ 13,0	+ 4,8	43,4
Landesebene	23,190	23,719	25,476	27,292	27,355	+ 18,0	+ 0,2	15,2
Gemeindeebene	19,429	20,342	21,631	22,544	23,583	+ 21,4	+ 4,6	13,1
SV-Träger	42,800	44,868	47,061	49,191	50,761	+ 18,6	+ 3,2	28,2

Quelle: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2011)

Entwicklung der Staatsausgaben 2006 bis 2010 (2006 = Index 100)



Quelle: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2011)

Im Zeitraum 2006 bis 2010 stiegen die Gesamtausgaben des Staates um 18,2 % (konsolidiert). Im gleichen Zeitraum betrug der Anstieg im Bundessektor 13,0 % und auf Landesebene 18,0 %. Die Ausgaben auf Gemeindeebene wuchsen im Beobachtungszeitraum um 21,4 % und die Ausgaben der Sozialversicherungsträger um 18,6 %.

Die konsolidierten Staatseinnahmen laut ESVG 95 betragen 137,269 Mrd. EUR (48,33 % des BIP) im Jahr 2010 und stiegen gegenüber 2009 um 2,5 %.

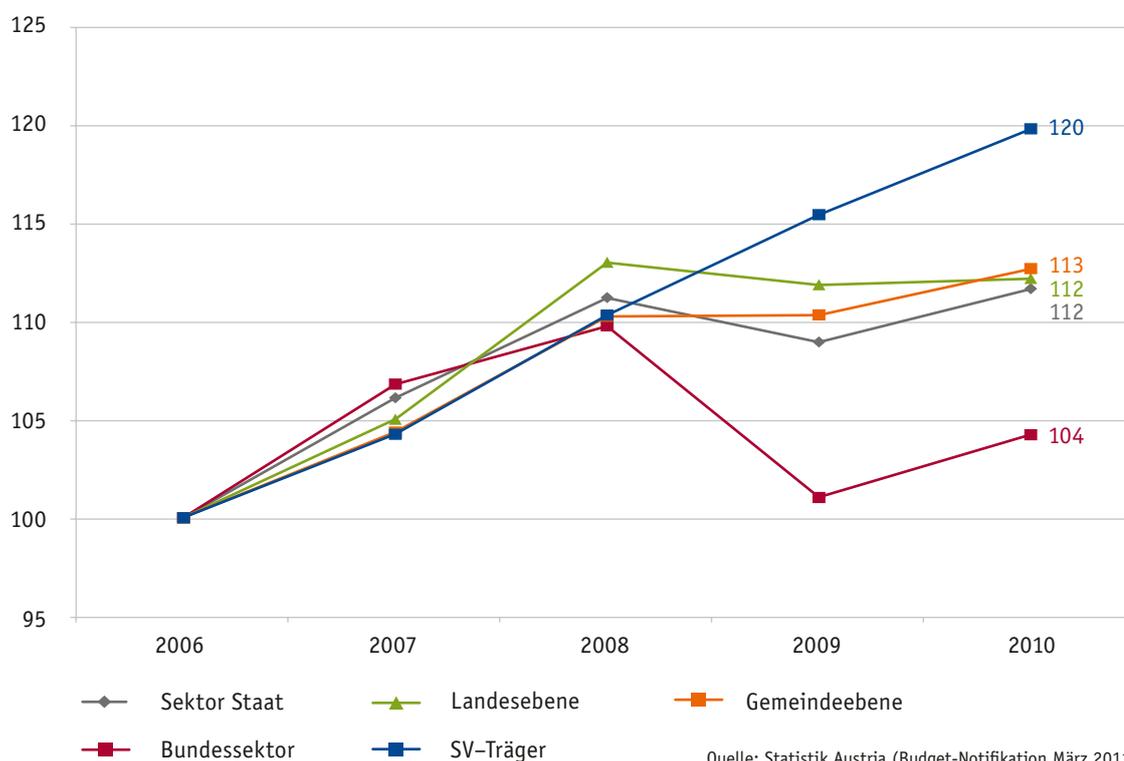
Kurzfassung

Entwicklung der Staatseinnahmen 2006 bis 2010 laut ESVG 95

Einnahmen	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2006/2010	Veränderung 2009/2010	Anteil 2010
	in Mrd. EUR					in %		
Sektor Staat (konsolidiert)	122,947	130,447	136,712	133,937	137,269	+ 11,6	+ 2,5	
Sektor Staat	150,150	158,378	165,868	162,137	166,616	+ 11,0	+ 2,8	100,0
Bundessektor	64,969	69,385	71,310	65,638	67,712	+ 4,2	+ 3,2	40,6
Landesebene	22,661	23,796	25,605	25,346	25,419	+ 12,2	+ 0,3	15,3
Gemeindeebene	19,724	20,584	21,746	21,759	22,223	+ 12,7	+ 2,1	13,3
SV-Träger	42,796	44,614	47,207	49,393	51,261	+ 19,8	+ 3,8	30,8

Quelle: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2011)

Entwicklung der Staatseinnahmen 2006 bis 2010 (2006 = Index 100)



Im Zeitraum 2006 bis 2010 stiegen die Gesamteinnahmen des Staates – nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2009 – um 11,6 % (konsolidiert). Das sind um 6,6 Prozentpunkte weniger als der Ausgabenanstieg. Im gleichen Zeitraum betrug der Anstieg der Einnahmen im Bundessektor 4,2 % und auf Landesebene 12,2 %. Die Einnahmen auf Gemeindeebene wuchsen im Beobachtungszeitraum um 12,7 % und die Einnahmen der Sozialversicherungsträger um 19,8 %.

Während die Ausgaben des Bundessektors von 2006 bis 2010 um 8,978 Mrd. EUR anstiegen, erhöhten sich die Einnahmen des Bundessektors nur um 2,744 Mrd. EUR¹⁰. D.h., der Bund konnte 30,6 % seiner Ausgabensteigerung durch Mehreinnahmen abdecken. Die Deckungsquoten auf Landes- und Gemeindeebene lagen deutlich darüber. Die Ausgaben wuchsen auf Landesebene um 4,165 Mrd. EUR und die Einnahmen um 2,758 Mrd. EUR. Daraus resultierte eine Deckungsquote von 66,2 % des Ausgabenanstiegs. Auf Gemeindeebene wuchsen die Ausgaben um 4,154 Mrd. EUR und die Einnahmen um 2,499 Mrd. EUR. Die Deckungsquote des Ausgabenanstiegs lag daher bei 60,2 %. Die Sozialversicherungsträger konnten ihre Einnahmen mehr steigern (8,465 Mrd. EUR) als sich ihre Ausgaben erhöhten (7,962 Mrd. EUR). Der Einnahmenanstieg übertraf somit um 6,3 % das Ausgabenwachstum.

¹⁰ Nicht konsolidierte Zahlen.

Kurzfassung

Mittelfristige Planung – Finanzrahmen des Bundes (TZ 2.7)

Das Bundesfinanzrahmengesetz legt für die vier folgenden Finanzjahre Obergrenzen für Ausgaben auf der Ebene von Rubriken und Untergliederungen sowie die Grundzüge des Personalplans fest (§ 12a Abs. 1 BHG).

Entwicklung der Ausgabenobergrenzen gemäß Finanzrahmen 2010 bis 2013 und 2011 bis 2014

Rubrik		BFRG 2010 – 2013	BFRG 2011 – 2014	BFRG 2012 – 2015			
		2010	2011	2012	2013	2014	2015
in Mill. EUR							
0,1	Recht und Sicherheit	8.007,02	7.920,20	8.117,98	7.864,75	7.829,63	7.837,13
	hievon fix	7.911,82	7.818,20	8.022,78	7.776,25	7.741,13	7.748,63
	hievon variabel	95,20	102,00	95,20	88,50	88,50	88,50
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	33.010,14	32.650,40	35.557,57	35.846,96	36.683,72	36.863,96
	hievon fix	18.807,43	18.329,50	19.978,02	19.806,58	20.272,19	20.196,44
	hievon variabel	14.202,71	14.320,90	15.579,55	16.040,38	16.411,53	16.667,52
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	11.869,61	11.765,50	12.273,97	12.042,10	12.098,70	12.239,19
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	9.120,09	7.744,20	8.928,58	8.340,18	8.458,17	8.687,42
	hievon fix	7.163,33	5.830,10	6.889,72	6.265,57	6.339,45	6.529,79
	hievon variabel	1.956,76	1.914,10	2.038,86	2.074,61	2.118,72	2.157,63
5	Kassa und Zinsen	8.810,55	9.019,00	8.727,53	9.118,94	9.500,88	9.859,96
	Gesamtsumme	70.817,41	69.099,30	73.605,64	73.212,93	74.571,10	75.487,65
	hievon fix	54.562,74	52.762,30	55.892,02	55.009,44	55.952,35	56.574,01
		77,0%	76,4%	75,9%	75,1%	75,0%	74,9%
	hievon variabel	16.254,67	16.337,00	17.713,62	18.203,49	18.618,76	18.913,65
		23,0%	23,6%	24,1%	24,9%	25,0%	25,1%
Veränderung in %							
	Gesamtsumme	- 8,6	- 2,4	+ 6,5	- 0,5	+ 1,9	+ 1,2

Quelle: BFRG 2010–2013, 2011–2014, 2012–2015, eigene Berechnung

Der Finanzrahmen 2010 bis 2013 sah Ausgabenobergrenzen in fünf Rubriken mit einer Gesamtsumme von 70,817 Mrd. EUR im Jahr 2010 vor (77,0 % fixe Obergrenzen, 23,0 % variable Obergrenzen). Variable Ausgabenobergrenzen¹¹ waren in Bereichen vorgesehen, die schwer vorausplanbar sind, insbesondere weil sie konjunkturellen Einflüssen unterliegen (z.B. Arbeitslosengeld, Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung, Ausgaben, die von der Abgabentwicklung abhängig sind) oder weil sie vom Nationalrat nicht direkt beeinflussbar sind (Rückflüsse vom EU-Haushalt). Außerdem waren variable Ausgabenbereiche für Ausgaben aus übernommenen Haftungen vorgesehen.

Die Gesamtsumme der Obergrenzen fällt im Jahr 2011 gegenüber dem Jahr 2010 um 1,718 Mrd. EUR (- 2,4 %) auf 69,099 Mrd. EUR (BFRG 2011 bis 2014). Danach steigt die Gesamtsumme der Ausgabenobergrenzen wieder kontinuierlich an (BFRG 2012 bis 2015). Die Ausgabenobergrenzen des Jahres 2015 liegen um 8,201 Mrd. EUR über dem Erfolg des Jahres 2010. Die größten Anteile dieser Ausgabensteigerung sind in der Rubrik 2 „Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie“ (+3,612 Mrd. EUR bzw. + 44,0 %), insbesondere für Pensionen, und der Rubrik 5 „Kassa und Zinsen“ (+ 3,503 Mrd. EUR bzw. 42,7 %) geplant.

Entwicklung der Ausgabenobergrenze des BFRG 2012 bis 2015 im Vergleich zum Erfolg 2010

Rubrik	Bezeichnung	Erfolg	BFRG 2012 - 2015	Veränderung Erfolg 2010 - BFRG 2015	
		2010	2015		
		in Mill. EUR			in %
0,1	Recht und Sicherheit	7.613,22	7.837,13	+ 223,91	+ 2,7
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	33.252,45	36.863,96	+ 3.611,51	+ 44,0
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	11.542,68	12.239,19	+ 696,50	+ 8,5
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	8.521,74	8.687,42	+ 165,68	+ 2,0
5	Kassa und Zinsen	6.356,77	9.859,96	+ 3.503,19	+ 42,7
	Gesamtsumme	67.286,86	75.487,65	+ 8.200,79	+ 100,0

¹¹ Variable Ausgabenobergrenzen bewegen sich im Rahmen von in Verordnungen festgelegten Parametern.

Kurzfassung

Aufgrund der geplanten Budgetkonsolidierung lagen die Ausgabenobergrenzen gemäß Finanzrahmen 2011 bis 2014 in den Jahren 2011 bis 2013 zwischen 2,172 Mrd. EUR (- 3,0 %) und 3,803 Mrd. EUR (- 5,1 %) unter den Grenzen des Finanzrahmens 2010 bis 2013. Die Ausgabenobergrenzen im Finanzrahmen 2012 bis 2015 lagen wiederum deutlich über den Werten des Finanzrahmens 2011 bis 2014.

Entwicklung der Anteile der Rubriken an den Finanzrahmen 2010 bis 2015

Rubrik	BFRG	BFRG	BFRG 2012 – 2015				Veränderung	
	2010 – 2013	2011 – 2014					2010/2015	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	%-Punkte	
Anteil in %							%-Punkte	
0,1	Recht und Sicherheit	11,3	11,5	11,0	10,7	10,5	10,4	- 0,9
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	46,6	47,3	48,3	49,0	49,2	48,8	+ 2,2
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	16,8	17,0	16,7	16,4	16,2	16,2	- 0,6
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	12,9	11,2	12,1	11,4	11,3	11,5	- 1,4
5	Kassa und Zinsen	12,4	13,1	11,9	12,5	12,7	13,1	+ 0,7
	Gesamtsumme	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Quelle: BFRG 2010–2013, 2011–2014, 2012–2015, eigene Berechnung

Der Anteil der Rubrik 0,1 „Recht und Sicherheit“ an der Gesamtsumme der Ausgabenobergrenzen sinkt in den Jahren 2010 bis 2015 von 11,3 % auf 10,4 % (- 0,9 Prozentpunkte). Dagegen steigt der Anteil der Rubrik 2 „Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie“ von 46,6 % auf 48,8 % (+ 2,2 Prozentpunkte) deutlich an. Der Anteil der Rubrik 3 „Bildung, Forschung, Kunst und Kultur“ geht von 16,8 % auf 16,2 % (- 0,6 Prozentpunkte) zurück. In der Rubrik 4 „Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt“ wird der größte Rückgang verzeichnet. Der Anteil dieser Rubrik sinkt von 12,9 % auf 11,5 % (- 1,4 Prozentpunkte). Der Anteil der Rubrik 5 „Kassa und Zinsen“ an der Ausgabenobergrenze wächst infolge steigender Zinsausgaben aufgrund der zunehmenden Finanzschulden im Zeitraum 2010 bis 2015 von 12,4 % auf 13,1 % (+ 0,7 Prozentpunkte) an. Gemäß diesem Szenario werden Einnahmesteigerungen zur Abdeckung der wachsenden Zinslasten und steigenden Ausgaben für Pensionen („vergangenheitsbezogene Ausgaben“) verwendet

werden müssen, sodass der Spielraum für eine Ausweitung „zukunftsbezogener Ausgaben“ (z.B. für Bildung und Forschung) beschränkt ist.

Entwicklung der vergangenheitsbezogenen Ausgaben 2010 bis 2015

	Erfolg 2010	Finanzrahmen 2015	Veränderung 2010/2015*
	Mill. EUR		
Ausgaben für Pensionen (UG 22 und 23)	17.073,17	20.664,90	+ 3.591,74
Ausgaben für Zinsen (UG 58)	5.742,76	9.544,25	+ 3.801,49
Ausgaben Pensionen und Zinsen	22.815,93	30.209,16	+ 7.393,23
Gesamtausgaben	67.286,87	75.437,65	+ 8.150,79
	in %		in %-Punkten
Anteil der Pensionsausgaben an Gesamtausgaben	25,4	27,4	+ 2,0
Anteil der Pensionen und Zinsen an Gesamtausgaben	33,9	40,0	+ 6,1
Anteil der Pensionen und Zinsen an Nettosteuerereinnahmen	57,3	60,0	+ 2,7

* Vergleich von Ist- mit Plan-Werten

Betrugen im Jahr 2010 die Ausgaben für Pensionen und Zinsen 22,816 Mrd. EUR bzw. 33,9 % der Gesamtausgaben, steigen diese im Jahr 2015 gemäß BFRG 2012 bis 2015 auf 30,209 Mrd. EUR (+ 7,393 Mrd. EUR bzw. 32,4 %). Somit werden im Jahr 2015 bereits 40,0 % der Gesamtausgaben bzw. 60,0 % der Nettosteuerereinnahmen für Pensionen und Zinsen aufgewendet.

Im Vollzug wurden mit 67,287 Mrd. EUR 95,0 % der Gesamtsumme der Ausgabenobergrenzen ausgenutzt, unter Berücksichtigung der Rücklagenentnahmen 93,1 %.

Kurzfassung

PRÜFUNG DER JAHRESRECHNUNGEN (TZ 1.2)

Der RH führte im Zeitraum November 2010 bis Juni 2011 (mit Unterbrechungen) gemäß § 9 des Rechnungshofgesetzes 1948 (RHG) die stichprobenweise Überprüfung der vorgelegten Jahresrechnungen durch. Die Prüfungshandlungen setzte der RH auf Basis einer statistisch-wertproportionalen Fallauswahl bei der Buchhaltungsagentur des Bundes (BHAG) sowie bei den zuständigen haushaltsleitenden Organen. Insgesamt wurden 3.012 Stichproben aus allen Untergliederungen gezogen und geprüft.

Im Zuge der Prüfung stellte der RH insbesondere in den Bereichen der Personalverrechnung, der Voranschlagsüberschreitungen mit Rücklagenbedeckung, dem Forderungsmanagement bei Gebührenvorschreibungen, des Eilnachrichtenverfahrens sowie bei der Darstellung des Beteiligungsverzeichnisses Mängel fest.

VORANSCHLAGSVERGLEICHSRECHNUNG (TZ 3)

Gesamtergebnis der voranschlagswirksamen Verrechnung (TZ 3.1/3.3)

Die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts lagen mit 67,287 Mrd. EUR um 3,481 Mrd. EUR (– 4,9 %) unter dem Voranschlag von 70,767 Mrd. EUR. Die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts in Höhe von 59,434 Mrd. EUR waren um 1,842 Mrd. EUR (+ 3,2 %) höher als veranschlagt (57,592 Mrd. EUR). Der Abgang von 7,853 Mrd. EUR lag somit um 5,323 Mrd. EUR (– 40,4 %) unter dem in Art. I BFG 2010 ausgewiesenen Betrag (13,176 Mrd. EUR).

Die Personalausgaben betrugen 10,679 Mrd. EUR (2009: 10,497 Mrd. EUR) und stiegen um 182,59 Mill. EUR (+ 1,7 %).

Die Sachausgaben im Allgemeinen Haushalt betrugen 56,608 Mrd. EUR (2009: 58,960 Mrd. EUR) und gingen um 2,352 Mrd. EUR (– 4,0 %) zurück.

Der Anteil der Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen stieg von 62,0 % auf 66,4 %. Spiegelbildlich sank der Anteil der Ermessensausgaben von 38,0 % auf 33,6 %.

Die wesentlichen Änderungen bei den Einnahmen (– 2,942 Mrd. EUR) resultierten aus einem Rückgang der voranschlagswirksam verrechneten Rücklagenentnahmen (– 4,671 Mrd. EUR) sowie aus einem Anstieg der Netto-Abgabeneinnahmen (+ 2,178 Mrd. EUR).



BRA 2010

Kurzfassung

Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt 2009 und 2010

Rubrik/ UG	Bezeichnung	2009		2010		Veränderung 2009/2010	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
Ausgaben Allgemeiner Haushalt							
0,1	Recht und Sicherheit:						
01	Präsidentenkanzlei	7,20	0,01	7,01	0,01	- 0,18	- 2,5
02	Bundesgesetzgebung	143,56	0,21	137,08	0,20	- 6,48	- 4,5
03	Verfassungsgerichtshof	9,90	0,01	11,00	0,02	+ 1,10	+ 11,1
04	Verwaltungsgerichtshof	15,49	0,02	15,52	0,02	+ 0,02	+ 0,2
05	Volksanwaltschaft	6,36	0,01	6,27	0,01	- 0,09	- 1,4
06	Rechnungshof	28,47	0,04	27,24	0,04	- 1,23	- 4,3
10	Bundeskanzleramt	308,45	0,44	316,11	0,47	+ 7,66	+ 2,5
11	Inneres	2.305,72	3,32	2.300,29	3,42	- 5,43	- 0,2
12	Äußeres	408,60	0,59	430,54	0,64	+ 21,93	+ 5,4
13	Justiz	1.162,54	1,67	1.174,83	1,75	+ 12,29	+ 1,1
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	2.100,80	3,02	2.131,14	3,17	+ 30,35	+ 1,4
15	Finanzverwaltung	964,21	1,39	1.052,07	1,56	+ 87,86	+ 9,1
16	Öffentliche Abgaben	48,39	0,07	4,12	0,01	- 44,27	- 91,5
	Summe Rubrik 0,1	7.509,68	10,81	7.613,22	11,31	+ 103,54	+ 1,4
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:						
20	Arbeit	5.873,73	8,46	6.335,14	9,42	+ 461,41	+ 7,9
21	Soziales und Konsumentenschutz	2.220,86	3,20	2.320,97	3,45	+ 100,11	+ 4,5
22	Sozialversicherung	8.693,24	12,52	9.238,28	13,73	+ 545,04	+ 6,3
23	Pensionen	7.634,28	10,99	7.834,89	11,64	+ 200,61	+ 2,6
24	Gesundheit	851,98	1,23	995,16	1,48	+ 143,19	+ 16,8
25	Familie und Jugend	6.187,99	8,91	6.528,01	9,70	+ 340,02	+ 5,5
	Summe Rubrik 2	31.462,08	45,30	33.252,45	49,42	+ 1.790,37	+ 5,7

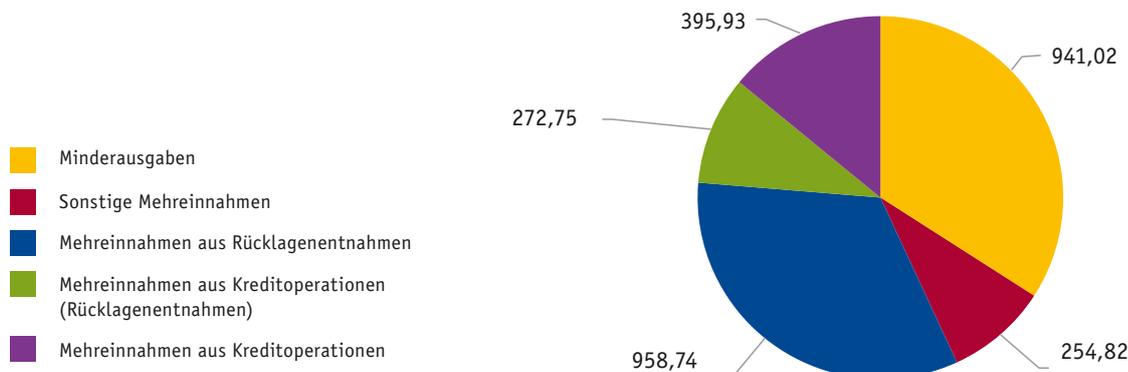
Kurzfassung

Rubrik/ UG	Bezeichnung	2009		2010		Veränderung 2009/2010	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:						
30	Unterricht	7.125,37	10,26	7.101,71	10,55	- 23,66	- 0,3
31	Wissenschaft und Forschung	3.395,28	4,89	3.590,72	5,34	+ 195,44	+ 5,8
32	Kunst und Kultur	436,35	0,63	420,25	0,62	- 16,10	- 3,7
33	Wirtschaft (Forschung)	76,42	0,11	91,93	0,14	+ 15,51	+ 20,3
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	329,62	0,47	338,08	0,50	+ 8,46	+ 2,6
	Summe Rubrik 3	11.363,04	16,36	11.542,68	17,15	+ 179,64	+ 1,6
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:						
40	Wirtschaft	465,17	0,67	467,65	0,70	+ 2,48	+ 0,5
41	Verkehr, Innovation und Technologie	2.127,44	3,06	2.117,89	3,15	- 9,54	- 0,4
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.252,38	3,24	2.195,82	3,26	- 56,56	- 2,5
43	Umwelt	697,92	1,00	695,83	1,03	- 2,09	- 0,3
44	Finanzausgleich	684,01	0,98	736,16	1,09	+ 52,16	+ 7,6
45	Bundesvermögen	973,21	1,40	1.780,24	2,65	+ 807,03	+ 82,9
46	Finanzmarktstabilität	4.895,56	7,05	528,14	0,78	- 4.367,42	- 89,2
	Summe Rubrik 4	12.095,69	17,41	8.521,74	12,66	- 3.573,94	- 29,5
5	Kassa und Zinsen:						
51	Kassenverwaltung	298,42	0,43	614,00	0,91	+ 315,58	+ 105,8
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	6.727,67	9,69	5.742,76	8,53	- 984,90	- 14,6
	Summe Rubrik 5	7.026,09	10,12	6.356,77	9,45	- 669,32	- 9,5
	Summe Allgemeiner Haushalt	69.456,58	100,00	67.286,86	100,00	- 2.169,72	- 3,1
	Ausgleichshaushalt						
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	45.265,75	100,00	47.031,43	100,00	+ 1.765,68	+ 3,9
	Summe Ausgleichshaushalt	45.265,75	100,00	47.031,43	100,00	+ 1.765,68	+ 3,9
	Gesamtausgaben	114.722,33		114.318,29		- 404,04	- 0,4

Überplanmäßige Ausgaben (TZ 3.2)

Im Bundeshaushaltsgesetz sowie im Bundesfinanzgesetz 2010 sind die Überschreitungsermächtigungen der Voranschlagsausgabenansätze geregelt. Die Bedeckung der im Jahr 2010 bewilligten Überschreitungen im Allgemeinen Haushalt in der Höhe von 2,823 Mrd. EUR erfolgte durch Minderausgaben (941,02 Mill. EUR) und Mehreinnahmen (1,882 Mrd. EUR). Mehreinnahmen wurden in Form von sonstigen Mehreinnahmen (254,82 Mill. EUR), Mehreinnahmen aus „alten“ Rücklagenentnahmen (958,74 Mill. EUR), Kreditoperationen¹² für „neue“ Rücklagenentnahmen (272,75 Mill. EUR) sowie sonstigen Kreditoperationen (395,93 Mill. EUR) erzielt. In Summe wurden im Jahr 2010 überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 668,68 Mill. EUR mittels Kreditoperationen bedeckt.

Bedeckung der überplanmäßigen Ausgaben im Allgemeinen Haushalt 2010 (Mill. EUR)



Die höchsten überplanmäßigen Ausgaben bewilligte der Bundesminister für Finanzen für die Kapitalerhöhung bei der Verbund AG durch den Aktienankauf der Kategorie B (VA-Ansatz 1/45043: 510 Mill. EUR), für die Zeichnung von Partizipationskapital bei der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (VA-Ansatz 1/46003: 450 Mill. EUR) und für den Bundesbeitrag zur Pensionsversicherungsanstalt aufgrund der Unterschätzung der Durchschnittspensionsentwicklung zum Zeitpunkt der Budgetplanung (VA-Ansatz 1/22017: 305 Mill. EUR).

¹² Unter Kreditoperationen versteht man die Aufnahme von Finanzschulden des Bundes, den Abschluss von Währungstauschverträgen und sonstige Kreditoperationen, das sind insbesondere Verträge über den Austausch von Fixzinsbeträgen mit variabel verzinsten Beträgen in der gleichen Währung und den Austausch von Zins- und/oder Kapitalbeträgen in verschiedener Währung.

Kurzfassung

Haushaltsrücklagen (TZ 3.6)

Das im Jahr 2009 neu gestaltete Rücklagensystem durchbricht zu Gunsten einer flexibleren Budgetgebarung den Budgetgrundsatz der Einjährigkeit (Art. 51 Abs. 2 B-VG). Es stellt sicher, dass übrig gebliebene Voranschlagsreste zu einem späteren Zeitpunkt in Anspruch genommen werden können, wenn sie benötigt werden.

Im Jahr 2010 konnten aufgrund von Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen 4,554 Mrd. EUR den Untergliederungs-Rücklagen und 76,31 Mill. EUR den Rücklagen für variable Ausgaben zugeführt werden. Weiters wurden Mittel den zweckgebundenen Einnahmen-Rücklagen (+ 189,14 Mill. EUR), den EU-Einnahmen-Rücklagen (+ 33,31 Mill. EUR) sowie den Flexibilisierungsrücklagen (+ 11,19 Mill. EUR) zugeführt. In Summe wurden im Jahr 2010 den Rücklagen 4,864 Mrd. EUR zugeführt, sodass der Stand der „neuen“ Rücklagen zum 31. Dezember 2010 insgesamt 13,575 Mrd. EUR bzw. 19,18 % der veranschlagten Ausgaben des Allgemeinen Haushalts betrug. Abweichend vom alten Rücklagensystem werden diese Rücklagen erst finanziert, wenn sie in Anspruch genommen werden.

Die folgende Aufstellung zeigt die Veränderung und den Stand der nach dem alten und dem neuen System gebildeten Rücklagen:

Rubrik/Bezeichnung	Altes Rücklagensystem			Neues Rücklagensystem			
	Zuführung*	Entnahme/Auflösung	Stand 31.12.2010	Bildung	Verbrauch	Stand 31.12.2010	Anteil an Ausg. (VA)
	in Mill. EUR						in %
0,1 Recht und Sicherheit:							
01 Präsidentschaftskanzlei			0,65	+ 0,91		1,55	19,61
02 Bundesgesetzgebung		- 0,18	0,40	+ 24,02		27,85	17,34
03 Verfassungsgerichtshof		- 0,10		+ 0,34		1,27	11,31
04 Verwaltungsgerichtshof				+ 0,41	- 0,02	0,72	4,54
05 Volksanwaltschaft			0,10	+ 0,35		0,52	7,63
06 Rechnungshof		- 0,07	0,07	+ 1,65		4,72	16,40
10 Bundeskanzleramt		- 4,04	16,05	+ 30,14	- 0,27	59,39	17,22
11 Inneres		- 9,02	5,74	+ 83,13	- 6,43	133,75	5,66
12 Äußeres			5,56	+ 13,06	- 4,73	36,58	8,30
13 Justiz		- 0,88	1,31	+ 29,32	- 0,54	50,39	4,32
14 Militärische Angelegenheiten u. Sport		- 28,17	25,15	+ 112,27	- 0,73	217,39	9,66
15 Finanzverwaltung		- 5,94	272,24	+ 200,06		416,10	34,72
16 Öffentliche Abgaben		- 5,60	37,88	+ 20,57	- 0,15	42,15	1463,03
Summe Rubrik 0,1		- 54,00	365,15	+ 516,22	- 12,86	992,38	12,41

Rubrik/Bezeichnung	Altes Rücklagensystem			Neues Rücklagensystem				
	Zuführung*	Entnahme/ Auflösung	Stand 31.12.2010	Bildung	Verbrauch	Stand 31.12.2010	Anteil an Ausg. (VA)	
	in Mill. EUR						in %	
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:							
20	Arbeit	- 0,08	7,15	+ 1,89		21,74	0,34	
21	Soziales und Konsumentenschutz	- 10,13	9,48	+ 23,98		61,57	2,62	
22	Sozialversicherung					0,04	0,00	
23	Pensionen			+ 8,05	- 48,72	233,78	3,01	
24	Gesundheit	- 7,38	15,32	+ 10,93		30,14	3,03	
25	Familie und Jugend	- 0,02	2,33	+ 0,85		3,00	0,05	
	Summe Rubrik 2	- 17,61	34,28	+ 45,70	- 48,72	350,28	1,06	
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:							
30	Unterricht	- 6,49	33,35	+ 183,77	- 38,04	242,50	3,36	
31	Wissenschaft und Forschung	- 15,00	88,35	+ 168,47		243,50	6,50	
32	Kunst und Kultur	- 0,83	0,51	+ 10,58	- 1,24	18,79	4,36	
33	Wirtschaft (Forschung)			+ 34,41		69,90	66,82	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	- 59,82		+ 145,95	- 69,70	240,49	68,25	
	Summe Rubrik 3	- 82,14	122,21	+ 543,18	- 108,98	815,17	6,87	
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:							
40	Wirtschaft	- 42,52	67,95	+ 65,62	- 2,25	167,35	34,77	
41	Verkehr, Innovation und Technologie	- 43,90	207,78	+ 326,72	- 0,50	503,18	20,88	
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	- 4,35	5,01	+ 73,96	- 33,89	113,33	5,12	
43	Umwelt	- 9,06	325,97	+ 81,24	- 56,06	180,41	22,85	
44	Finanzausgleich	+ 0,04	11,21	+ 4,20	- 9,50	7,19	1,07	
45	Bundesvermögen	- 83,72	840,45	+ 732,64		1.340,91	65,68	
46	Finanzmarktstabilität			+ 0,02		5.514,58	1096,32	
	Summe Rubrik 4	+ 0,04	1.458,37	+ 1.284,40	- 102,19	7.826,94	85,92	
5	Kassa und Zinsen:							
51	Kassenverwaltung	+ 31,17	2.781,35	+ 137,05		541,98	75,24	
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge			+ 2.337,46		3.048,68	37,73	
	Summe Rubrik 5	+ 31,17	2.781,35	+ 2.474,51		3.590,65	40,80	
	Summe Rücklagen	+ 31,21	4.761,36	+ 4.864,02	- 272,75	13.575,42	19,18	

* Mögliche Zuführungen: Katastrophenfonds (2/44400), Landesstraßen B (2/44410/8316), Siedlungswasserwirtschaft (2/51110)

Kurzfassung

Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre (TZ 3.7)

Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre weist eine Gesamtsumme von brutto 105,406 Mrd. EUR (2009: 107,973 Mrd. EUR) bzw. netto 88,530 Mrd. EUR aus. Auf die UG 58 („Finanzierungen, Währungstauschverträge“) entfiel der größte Teilbetrag (brutto 83,357 Mrd. EUR bzw. netto 64,481 Mrd. EUR; Verzinsung der Finanzschulden, Währungstauschverträge und sonstige Aufwendungen).

Um den Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 2010 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 476,47 Mill. EUR hinzuzuzählen. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 2010 betrug somit brutto 105,882 Mrd. EUR (2009: 108,476 Mrd. EUR) bzw. netto 89,006 Mrd. EUR (2009: 89,850 Mrd. EUR).

Die Bruttoverpflichtungen betrafen mit 85,482 Mrd. EUR Finanzierungen und Währungstauschverträge der Untergliederung 58, mit 5,738 Mrd. EUR internationale Finanzinstitutionen (insb. EIB), mit 4,707 Mrd. EUR die Förderung der Wasserwirtschaft, mit 2,655 Mrd. EUR Infrastrukturinvestitionen der ÖBB, mit 1,331 Mrd. EUR das Bundesheer und mit 5,969 Mrd. EUR sonstige Verpflichtungen.

Vorbelastungen des Bundeshaushalts aufgrund der Vereinbarungen über die Rahmenpläne 2007 – 2012, 2008 – 2013 und 2009 – 2014 zu Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG

In den Jahren 2007, 2008 und 2009 wurden zwischen dem Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, dem Bundesminister für Finanzen, der ÖBB-Holding AG und der ÖBB-Infrastruktur AG¹³ Vereinbarungen abgeschlossen, welche die Umsetzung der von der ÖBB-Infrastruktur AG jährlich zu erstellenden sechsjährigen Rahmenpläne über die geplanten Investitionen in die Schienenverkehrsinfrastruktur (§ 43 Abs. 1 Bundesbahngesetz idF BGBl Nr. 829/1992)¹⁴ regeln.

¹³ Die „ÖBB-Infrastruktur Bau Aktiengesellschaft“ wurde mit Eintragung im Firmenbuch am 3. Oktober 2009 in die „ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft“ umfirmiert.

¹⁴ Nunmehr § 42 Abs. 2 Bundesbahngesetz (BGBl. I Nr. 95/2009).

In den Vereinbarungen 2007–2012, 2008–2013 und 2009–2014¹⁵ wurden insbesondere auch die Zuschüsse des Bundes für die Bereitstellung der Schieneninfrastruktur näher determiniert¹⁶. Der Bund verpflichtete sich darin, 70 % (75 % ab 2014) der jährlichen Investitionsausgaben zu tragen. Diese Zuschüsse werden in Abhängigkeit der getätigten Investitionen in Form einer auf 30 Jahre¹⁷ umgelegten Annuität gewährt, wobei als Zinssatz der jeweils aktuelle Satz für Langfristfinanzierungen der ÖBB-Infrastruktur AG herangezogen wurde. Die ÖBB-Infrastruktur AG finanziert die getätigten Investitionen am Kapitalmarkt und erhält den vom Bund gewährten Zuschuss über 30 Jahre verteilt, wobei dieser sowohl Investitions- als auch Finanzierungskosten umfasst.

Darüber hinaus verpflichtete sich der Bund – beziehend auf einen Staatsvertrag mit Italien aus dem Jahr 2004¹⁸ – in der Vereinbarung über den Rahmenplan 2009–2014 zusätzlich zu den im Rahmenplan vereinbarten Vorhaben, Zuschüsse zur Errichtung des Brenner Basistunnels bis zur Fertigstellung des Projektes zu leisten. Der Zuschussanteil des Bundes wurde auf 100 % festgelegt.

In den Vereinbarungen zu den Rahmenplänen wird für die jeweils nächsten sechs Jahre das Investitionsvolumen vereinbart, für welches der Bund einen Zuschuss gewährt. Weiters sind in den Vereinbarungen die jährlich zu zahlenden Teilbeträge der Zuschüsse, die sich aufgrund der Annuitäten ergeben, enthalten. Sie werden jeweils vierteljährlich zum Quartalsende in Höhe eines Viertels des in der Vereinbarung ausgewiesenen Betrags fällig.

¹⁵ Für den Zeitraum 2010–2015 wurde keine Vereinbarung getroffen. Die Vereinbarung über den Zeitraum 2011–2016 wurde im April 2011 abgeschlossen.

¹⁶ § 43 Abs. 2 Bundesbahngesetz idF BGBl. Nr. 829/1992 bzw. § 42 Abs. 3 Bundesbahngesetz (BGBl. I Nr. 95/2009).

¹⁷ Beim Brenner Basistunnel wurde eine 50-jährige Annuität gewählt.

¹⁸ Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik zur Verwirklichung eines Eisenbahntunnels auf der Brennerachse vom 30. April 2004, BGBl. III Nr. 177/2006.

Kurzfassung

Übersicht über die Vereinbarungen zu den Rahmenplänen der ÖBB-Infrastruktur AG

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	in Mill. EUR							
Rahmenplan 2007-2012								
Investitionsvolumen	1.522	1.615	1.644	1.636	1.816	1.721		
davon 70 %*	1.065	1.131	1.151	1.145	1.271	1.205		
Zuschüsse Bund (Annuitäten)	65	134	204	274	351	425		
Rahmenplan 2008-2013								
Investitionsvolumen		1.702	1.719	1.687	1.876	1.796	1.946	
davon 70 %*		1.191	1.203	1.181	1.313	1.257	1.362	
Zuschüsse Bund (Annuitäten)		137	210	280	362	439	522	
Rahmenplan 2009-2014								
Investitionsvolumen			2.174	2.245	2.339	2.338	2.298	2.502
davon 70 %, 2014: 75 %*			1.522	1.572	1.637	1.636	1.608	1.877
Zuschüsse Bund (Annuitäten)			224	312	418	514	622	733
Budgetwirksamkeit (Finanzposition: 1/65148-7472.000 bzw. 1/41148-7472.000)								
Voranschlag			224	308				
Erfolg	65	137	222	308				

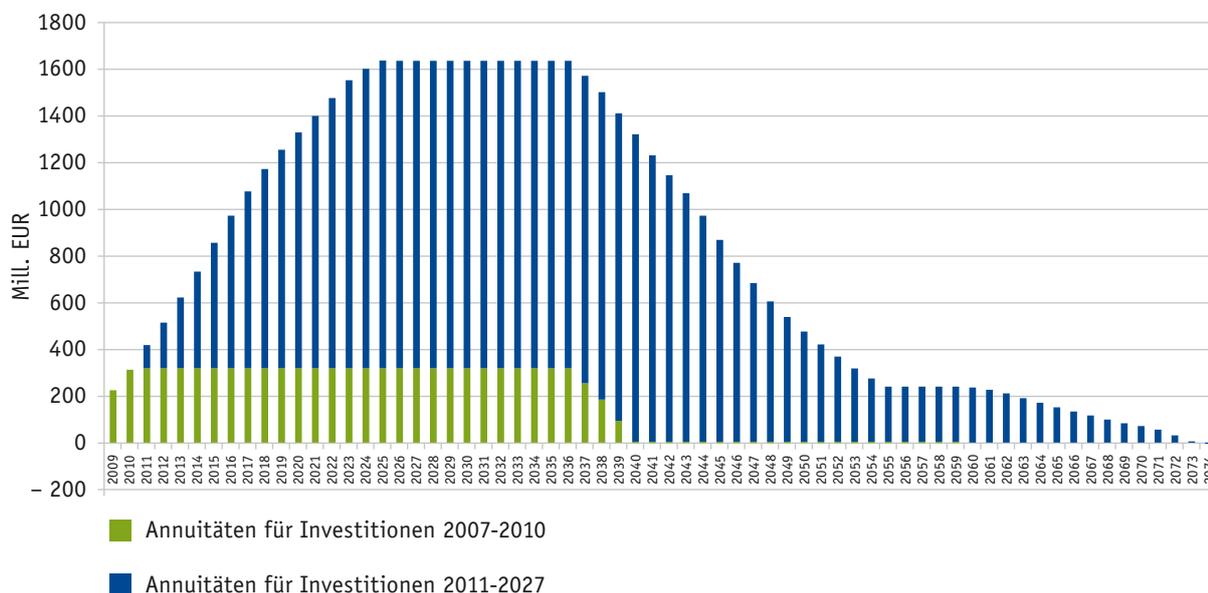
* Diese Zeile ist nicht in der Tabelle zu den Bundeszuschüssen enthalten, sondern ergibt sich aus dem Text der Vereinbarung

Aufgrund der Vereinbarungen zu den Rahmenplänen ergeben sich Vorbelastungen für den Bundeshaushalt (§ 45 BHG). Sobald diese Vorbela- stungen den Anteil von zehn Prozent der bei der jeweiligen Untergliede- rung im zuletzt kundgemachten Bundesfinanzgesetz vorgesehenen Summe der Sachausgaben übersteigen, dürfen solche Verpflichtungen nur aufgrund einer bundesgesetzlichen Ermächtigung eingegangen werden (§ 45 Abs. 4 Z 1 BHG).

Für die Untergliederung 41¹⁹ „Verkehr, Innovation und Technologie“ betru- gen die für den Rahmenplan 2009–2014 heranzuziehenden Sachausga- ben 2,537 Mrd. EUR (Voranschlag 2008), sodass die Betragsgrenze für eine gesetzliche Ermächtigung rd. 253,74 Mill. EUR betrug. Diese Grenze wurde – ebenso wie in den Rahmenplänen 2007 bis 2012 und 2008 bis 2013 – auf- grund der oben dargestellten Zahlungsverpflichtungen des Bundes über- schritten.

¹⁹ Der Untergliederung 41 entsprach bis 2008 das Kapitel 65.

Dabei wurden jeweils nur die kumulierten Annuitäten des Bundes für den Zeitraum der jeweiligen Vereinbarung über den Rahmenplan im Rechenwerk erfasst, nicht aber der Anteil der Annuitäten, der aufgrund der vereinbarten Investitionsvolumina nach Ablauf des jeweiligen Rahmenplans fällig wird.



Die obige Abbildung zeigt die (künftigen) Annuitäten des Bundes, die sich aufgrund der Rahmenpläne 2007–2012, 2008–2013 und 2009–2014 ab dem Jahr 2009 ergeben. Die grün markierten Balken zeigen die Annuitäten, die sich aufgrund der bis zum 31. Dezember 2010 bereits getätigten Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG ergeben. Die blau markierten Balken zeigen die Annuitäten des Bundes aufgrund der Investitionen zu allen Projekten, die im Zeitraum 2009 bis 2014 vereinbart wurden, bis zu deren Fertigstellung – auch wenn die Investitionen erst nach 2014 getätigt werden. In Summe hat der Bund für die oben dargestellten Investitionen Annuitäten in Höhe von 53,677 Mrd. EUR zu leisten, davon allein 11,993 Mrd. EUR für den Bau des Brenner Basistunnels.

Daraus ergeben sich für die Abschlussrechnung 2010 Schulden von 8,893 Mrd. EUR und Verpflichtungen von 44,248 Mrd. EUR. Davon waren mit Stichtag 31. Dezember 2010 Verpflichtungen für künftige Finanzjahre in Höhe von 2,290 Mrd. EUR im Bundeshaushalt berücksichtigt. Das BMVIT buchte gemeinsam mit dem BMF aufgrund der Prüfung des RH Schulden (inkl. dem Finanzjahr 2011) in Höhe von 10,835 Mrd. EUR und weitere Verpflichtungen in Höhe von 43,370 Mrd. EUR für das Finanzjahr 2011 ein.

Kurzfassung

Schulden

Die Gesamtsumme der voranschlagswirksamen Schulden des Bundes belief sich zum Jahresende 2010 auf 202,295 Mrd. EUR (2009: 198,382 Mrd. EUR). Sie lag damit um 3,913 Mrd. EUR oder 2,0 % über dem Vergleichswert des Vorjahres. In der TZ 6 werden die Bundesschulden detaillierter dargestellt. Nicht enthalten darin waren die Schulden für Investitionen der ÖBB-Infrastruktur AG in Höhe von 8,893 Mrd. EUR (siehe dazu TZ 3.7.2). Im öffentlichen Schuldenstand laut Maastricht wurden von der Statistik Austria im Rahmen der Revision unter diesem Titel Schulden in Höhe von 4,851 Mrd. EUR berücksichtigt.

Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre weist eine Gesamtsumme von brutto 19,509 Mrd. EUR (2009: 20,475 Mrd. EUR) bzw. netto 2,633 Mrd. EUR aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 2010 offen gebliebenen Berechtigungen in Höhe von 15,80 Mill. EUR folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 2010 von brutto 19,525 Mrd. EUR (2009: 20,494 Mrd. EUR) bzw. netto 2,649 Mrd. EUR (2009: 1,868 Mrd. EUR).

Forderungen

Die Gesamtsumme der Forderungen belief sich zum Jahresende 2010 auf 38,045 Mrd. EUR (2009: 39,163 Mrd. EUR). Sie lag damit um 1,118 Mrd. EUR oder 2,9 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 3.8)

Bei den ansatzweisen Erläuterungen ist vom Rahmen des Allgemeinen Haushalts auszugehen: Die Ausgaben beliefen sich auf 67,287 Mrd. EUR, die Einnahmen betragen 59,434 Mrd. EUR. In der UG 58 wird zusätzlich der Ausgleichshaushalt dargestellt. Es werden die Unterschiede zwischen Voranschlag und tatsächlich geleisteten Zahlungen der einzelnen Untergliederungen (Voranschlagsansatz-Abweichungen) von mehr als 5 Mill. EUR pro Voranschlagsansatz erläutert. Diese Begründungen werden dem RH von den einzelnen Ressorts übermittelt und auf ihre Plausibilität und ziffernmäßige Richtigkeit überprüft. Die wesentlichen inhaltlichen Ursachen der einzelnen Abweichungen sind ab 2,5 Mill. EUR zu beschreiben und betragsmäßig darzustellen, wobei zumindest 80 % der Voranschlagsabweichung erläutert werden.

Abweichungen vom BVA 2010 von Personal- und Sachausgaben gegliedert nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Allgemeiner Haushalt	Voranschlag 2010	Erfolg 2010	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	10.738,18	10.679,37	- 58,81	- 0,5
Sachausgaben	60.029,23	56.607,50	- 3.421,73	- 5,7
Gesetzliche Verpflichtungen	34.089,65	33.986,06	- 103,59	- 0,3
Ermessensausgaben	25.939,58	22.621,44	- 3.318,13	- 12,8
Summe	70.767,41	67.286,87	- 3.480,54	- 4,9

Kurzfassung

Ausgaben

Rubrik	Bezeichnung	Voranschlag 2010	Erfolg 2010	Abweichung		erläut. Ansätze
Ausgaben Allgemeiner Haushalt		in Mill. EUR		in %		
0,1	Recht und Sicherheit:					
01	Präsidentenkanzlei	7,91	7,01	- 0,90	- 11,37	
02	Bundesgesetzgebung	160,62	137,08	- 23,54	- 14,66	1
03	VerfassungsGH	11,23	11,00	- 0,23	- 2,08	
04	VerwaltungsGH	15,91	15,52	- 0,39	- 2,47	
05	Volksanwaltschaft	6,76	6,27	- 0,48	- 7,15	
06	Rechnungshof	28,79	27,24	- 1,55	- 5,39	
10	Bundeskanzleramt	344,82	316,11	- 28,71	- 8,33	1
11	Inneres	2.362,17	2.300,29	- 61,88	- 2,62	6
12	Äußeres	440,90	430,54	- 10,36	- 2,35	3
13	Justiz	1.166,51	1.174,83	8,31	+ 0,71	2
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	2.250,06	2.131,14	- 118,91	- 5,28	5
15	Finanzverwaltung	1.198,45	1.052,07	- 146,39	- 12,21	6
16	Öffentliche Abgaben	2,88	4,12	1,24	+ 42,99	
	Summe Rubrik 0,1	7.997,02	7.613,22	- 383,80	- 4,80	24
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:					
20	Arbeit	6.396,74	6.335,14	- 61,59	- 0,96	7
21	Soziales und Konsumentenschutz	2.349,95	2.320,97	- 28,98	- 1,23	3
22	Sozialversicherung	8.842,40	9.238,28	395,88	+ 4,48	8
23	Pensionen	7.772,46	7.834,89	62,43	+ 0,80	6
24	Gesundheit	993,74	995,16	1,42	+ 0,14	3
25	Familie und Jugend	6.644,85	6.528,01	- 116,84	- 1,76	5
	Summe Rubrik 2	33.000,14	33.252,45	252,32	+ 0,76	32
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:					
30	Unterricht	7.227,54	7.101,71	- 125,84	- 1,74	6
31	Wissenschaft und Forschung	3.744,00	3.590,72	- 153,29	- 4,09	6
32	Kunst und Kultur	431,12	420,25	- 10,88	- 2,52	
33	Wirtschaft (Forschung)	104,60	91,93	- 12,67	- 12,11	1
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	352,34	338,08	- 14,26	- 4,05	6
	Summe Rubrik 3	11.859,61	11.542,68	- 316,93	- 2,67	19
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:					
40	Wirtschaft	481,31	467,65	- 13,67	- 2,84	4
41	Verkehr, Innovation und Technologie	2.410,20	2.117,89	- 292,31	- 12,13	6
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.212,35	2.195,82	- 16,53	- 0,75	6
43	Umwelt	789,46	695,83	- 93,63	- 11,86	7
44	Finanzausgleich	672,10	736,16	64,06	+ 9,53	4
45	Bundesvermögen	2.041,66	1.780,24	- 261,42	- 12,80	12
46	Finanzmarktstabilität	503,01	528,14	25,13	+ 5,00	2
	Summe Rubrik 4	9.110,09	8.521,74	- 588,35	- 6,46	41
5	Kassa und Zinsen:					
51	Kassenverwaltung	720,32	614,00	- 106,32	- 14,76	4
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	8.080,23	5.742,76	- 2.337,46	- 28,93	4
	Summe Rubrik 5	8.800,55	6.356,77	- 2.443,78	- 27,77	8
	Summe Ausgaben	70.767,41	67.286,86	- 3.480,54	- 4,92	

Einnahmen

Rubrik	Bezeichnung	Voranschlag 2010	Erfolg 2010	Abweichung		erläut. Ansätze
Einnahmen Allgemeiner Haushalt		in Mill. EUR		in %		
0,1	Recht und Sicherheit:					
01	Präsidentenkanzlei	0,03	0,03	0,01	+ 31,56	
02	Bundesgesetzgebung	3,50	3,24	- 0,26	- 7,33	
03	VerfassungsGH	0,55	0,49	- 0,06	- 11,48	
04	VerwaltungsGH	0,11	0,09	- 0,01	- 9,93	
05	Volksanwaltschaft	0,18	0,16	- 0,02	- 13,32	
06	Rechnungshof	0,09	0,11	0,03	+ 29,47	
10	Bundeskanzleramt	5,06	3,98	- 1,08	- 21,35	
11	Inneres	111,88	117,95	6,07	+ 5,43	1
12	Äußeres	3,66	5,06	1,39	+ 38,06	
13	Justiz	796,25	830,47	34,22	+ 4,30	1
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	48,55	51,27	2,72	+ 5,59	
15	Finanzverwaltung	243,53	198,40	- 45,13	- 18,53	2
16	Öffentliche Abgaben	38.630,60	39.815,62	1.185,02	+ 3,07	30
	Summe Rubrik 0,1	39.843,98	41.026,87	1.182,89	+ 2,97	34
2	Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:					
20	Arbeit	4.643,71	4.981,93	338,22	+ 7,28	2
21	Soziales und Konsumentenschutz	10,64	6,92	- 3,72	- 34,92	
22	Sozialversicherung	20,00	61,35	41,35	+ 206,72	1
23	Pensionen	1.474,80	1.490,98	16,18	+ 1,10	4
24	Gesundheit	157,46	160,02	2,55	+ 1,62	
25	Familie und Jugend	5.695,89	5.756,56	60,67	+ 1,07	2
	Summe Rubrik 2	12.002,50	12.457,77	455,26	+ 3,79	9
3	Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:					
30	Unterricht	66,36	79,77	13,41	+ 20,20	
31	Wissenschaft und Forschung	9,08	3,11	- 5,97	- 65,72	
32	Kunst und Kultur	23,79	18,11	- 5,68	- 23,86	
33	Wirtschaft (Forschung)	0,00	0,00	0,00	k.A.	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	0,01	2,17	2,16	k.A.	
	Summe Rubrik 3	99,24	103,16	3,92	+ 3,95	0
4	Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:					
40	Wirtschaft	160,46	139,15	- 21,31	- 13,28	2
41	Verkehr, Innovation und Technologie	196,36	247,20	50,83	+ 25,89	2
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	194,88	213,51	18,63	+ 9,56	1
43	Umwelt	363,44	332,20	- 31,24	- 8,60	1
44	Finanzausgleich	439,72	484,75	45,02	+ 10,24	2
45	Bundesvermögen	1.209,57	1.104,92	- 104,65	- 8,65	13
46	Finanzmarktstabilität	755,01	572,24	- 182,77	- 24,21	2
	Summe Rubrik 4	3.319,45	3.093,96	- 225,49	- 6,79	23
5	Kassa und Zinsen:					
51	Kassenverwaltung	2.326,68	2.752,39	425,71	+ 18,30	15
58	Summe Rubrik 5	2.326,68	2.752,39	425,71	+ 18,30	15
	Summe Einnahmen	57.591,85	59.434,14	1.842,29	+ 3,20	
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 13.175,56	- 7.852,72	5.322,84	- 40,40	

Kurzfassung

JAHRESBESTANDSRECHUNG (TZ 4)

Die Jahresbestandsrechnung 2010 (JBR 2010) wurde nach den Vorschriften des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) erstellt. Sie weist das Vermögen und die Schulden des Bundes zum 31. Dezember 2010 aus und ist – nach den Bestimmungen der Rechnungslegungsverordnung – ähnlich gegliedert wie eine Unternehmensbilanz gemäß § 198 UGB.

Aktiva

Die Entwicklung der Aktiva während der letzten fünf Jahre ist in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

Bezeichnung		2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010
		in Mill. EUR					in %
I.	Anlagevermögen	19.309,46	19.812,92	20.595,12	26.497,44	26.748,32	0,9
II.	Umlaufvermögen	53.477,69	52.336,50	64.254,19	53.864,62	49.941,50	- 7,3
III.	Aktive Rechnungsabgrenzung	1.316,69	1.184,51	2.732,01	2.097,87	1.869,79	- 10,9
		74.103,85	73.333,94	87.581,32	82.459,93	78.559,62	- 4,7
IV.	Kapitalausgleich	116.893,42	117.998,57	121.234,64	125.988,49	132.237,07	5,0
	Summe Aktiva	190.997,26	191.332,51	208.815,96	208.448,42	210.796,69	1,1

Im Jahr 2010 stieg die Summe der Aktiva um 2,348 Mrd. EUR (+ 1,1 %) auf 210,797 Mrd. EUR (2009: 208,448 Mrd. EUR).

Das Anlagevermögen betrug 26,748 Mrd. EUR (2009: 26,497 Mrd. EUR) und stieg gegenüber dem Vorjahr um 250,88 Mill. EUR (+ 0,9 %). Unter das Anlagevermögen fallen jene Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd der Verwaltungstätigkeit zu dienen. Das Anlagevermögen bestand zu 49,6 % aus Finanzanlagen, zu 44,0 % aus unbeweglichen Anlagen, zu 4,7 % aus beweglichen Anlagen und zu 1,5 % aus in Bau befindlichen Anlagen.

Das Umlaufvermögen betrug 49,941 Mrd. EUR (Stand 2009: 53,865 Mrd. EUR) und reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,923 Mrd. EUR (- 7,3 %). Das Umlaufvermögen stellt die Vermögenswerte dar, die zum Verbrauch oder zur Veräußerung bestimmt sind. Es bestand zu 78,9 % aus Forderungen, zu 11,5 % aus flüssigen Mitteln und zu 9,5 % aus Haushaltsrücklagen. Die Vorräte und Wertpapiere des Umlaufvermögens hatten jeweils einen Anteil von deutlich unter einem Prozent. Bei allen Vermögensgruppen waren Abgänge zu verzeichnen. Die größten Rückgänge ergaben sich bei den flüssigen Mitteln (Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen und Kassenverwaltung des Bundes) und bei den Haushaltsrücklagen.

Die aktive Rechnungsabgrenzung betrug 1,870 Mrd. EUR (Stand 2009: 2,098 Mrd. EUR) und ging damit gegenüber dem Vorjahr um 228,08 Mill. EUR zurück (- 10,9 %). In der aktiven Rechnungsabgrenzung sind Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die einen Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Als Beispiel lassen sich hier die Bezüge der öffentlich Bediensteten nennen, die aufgrund der zeitgerechten Erfüllung bereits vor Beginn des nächsten Finanzjahres, dem sie zuzurechnen sind, angewiesen werden müssen.

Der Kapitalausgleich in der Höhe von 132,237 Mrd. EUR wird unter den Aktiva ausgewiesen. Diese Position ist jedoch nicht als negatives Eigenkapital im betriebswirtschaftlichen Sinn zu verstehen, sondern ergibt sich aus den Eigenheiten bei der Erfassung und Bewertung des Vermögens sowie aus weiteren Besonderheiten des Verrechnungsverfahrens. Der Position des Kapitalausgleichs kommt daher lediglich die Bedeutung einer Rechnungsgröße zu, die den Unterschied zwischen den höheren Passiva und den niedrigeren Aktiva ausgleicht.

Kurzfassung

Passiva

Dem Schuldennachweis lagen alle Zahlungsverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in der Bestandsverrechnung zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2010 enthalten waren.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Passiva von 2006 bis 2010:

Bezeichnung		2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010
		in Mill. EUR					in %
I.	Rücklagen	3.710,09	4.704,76	11.483,04	5.854,18	4.761,36	-18,7
II.	Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-
III.	Schulden	185.165,49	184.898,92	194.101,92	200.362,88	204.670,04	2,1
IV.	Rückstellungen	-	-	-	-	-	-
V.	Passive Rechnungs- abgrenzung	2.121,68	1.728,82	3.231,00	2.231,36	1.365,29	-38,8
Summe Passiva		190.997,26	191.332,51	208.815,96	208.448,42	210.796,69	1,1

Im Jahr 2010 hatte sich die Summe der Passiva erhöht. Sie nahm im Vergleich zu 2009 um 2,348 Mrd. EUR (+ 1,1 %) zu.

Der Stand der Rücklagen betrug 4,761 Mrd. EUR (2009: 5,854 Mrd. EUR). Die Rücklagen gingen gegenüber dem Vorjahr um 1,092 Mrd. EUR (- 18,7 %) zurück.

Der Schuldenstand des Bundes betrug 204,670 Mrd. EUR (2009: 200,363 Mrd. EUR). Die Schulden stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,307 Mrd. EUR (+ 2,1 %). Der Anstieg betraf insbesondere Finanzschulden, die zur Finanzierung des administrativen Abgangs aufgenommen werden mussten.

Die passive Rechnungsabgrenzung beträgt 1,365 Mrd. EUR (2009: 2,231 Mrd. EUR) und ging damit gegenüber dem Vorjahr um 866,07 Mill. EUR zurück (- 38,8 %). In der passiven Rechnungsabgrenzung sind Ausgaben nach dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie einen Aufwand für eine bestimmte Zeit vor diesem Tag darstellen. Als Beispiel lassen sich hier Zahlungen nennen, die bis 20. Jänner des folgenden Finanzjahres noch zu Lasten des abgelaufenen Finanzjahres geleistet wurden.

JAHRESERFOLGSRECHNUNG (TZ 5)

Die Aufstellung einer Jahreserfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung) ist im Bundeshaushaltsgesetz festgelegt. Dies gilt für den gesamten Bereich des Bundes sowie gesondert für betriebsähnliche Einrichtungen des Bundes. Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten (Gliederung gemäß Rechnungslegungsverordnung) gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung.

Das Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung errechnet sich aus einer Gegenüberstellung der Aufwendungen und der Erträge des Bundes. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag wird entweder als ein Vermögenszugang bei den Aufwendungen oder als Vermögensabgang bei den Erträgen ausgewiesen und stellt eine rechentechnische Ausgleichsposition dar.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der gesamten Aufwendungen in den Jahren 2006 bis 2010:

Bezeichnung		2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010	
		in Mill. EUR						in %
I.	Aufwand für Bedienstete	11.072,23	11.327,14	11.819,31	12.291,40	12.467,24	175,83	1,4
II.	Öffentliche Abgaben	20,11	22,29	21,33	19,57	17,60	- 1,97	- 10,1
III.	Abschreibungen u. Wertbericht.	1.770,49	1.541,74	868,97	1.311,94	1.241,65	- 70,29	- 5,4
IV.	Übrige Aufwendungen	13.408,13	13.646,91	16.449,97	13.486,01	19.020,85	5.534,83	41,0
V.	Bestandsminderungen	10,97	28,55	15,57	29,89	23,25	- 6,64	- 22,2
VI.	Transfers	38.805,01	39.621,59	41.170,14	39.964,58	41.457,57	1.492,99	3,7
VII.	Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-
	Aufwendungen	65.086,94	66.188,22	70.345,30	67.103,39	74.228,15	7.124,76	10,6
VIII.	Vermögenszugang	520,50	-	-	-	-	k.A.	k.A.
	Summe Aufwendungen	65.607,44	66.188,22	70.345,30	67.103,39	74.228,15	k.A.	k.A.

Kurzfassung

Im Jahr 2010 betrug die Aufwendungen 74,228 Mrd. EUR (2009: 67,103 Mrd. EUR). Sie stiegen somit gegenüber dem Vorjahr um 7,124 Mrd. EUR (+ 10,6 %).

Von den Aufwendungen in der Jahreserfolgsrechnung 2010 wurden 55,9 % für Transfers, 25,6 % für übrige Aufwendungen und 16,8 % für Bedienstete aufgewandt. Deutlich geringer war die Bedeutung der Aufwendungen für öffentliche Abgaben, Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie Bestandsminderungen.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge von 2006 bis 2010:

Bezeichnung		2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010	
		in Mill. EUR						in %
I.	Haupterträge	55.377,65	58.838,42	60.738,35	54.406,78	56.797,94	2.391,17	4,4
II.	Nebenerträge	5,44	5,67	5,79	7,30	6,35	-0,95	- 13,1
III.	Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-	-
IV.	Übrige Erträge	3.512,57	2.691,14	4.283,20	4.278,50	7.363,02	3.084,52	72,1
V.	Aktivierete Eigenleistungen	0,14	0,17	0,12	0,67	0,19	- 0,48	- 72,2
VI.	Bestandsmehrungen	3.467,10	10,54	6,86	12,96	169,65	156,69	1.208,7
VII.	Transfers	3.244,53	2.951,75	3.109,88	3.388,63	2.851,39	- 537,24	- 15,9
VIII.	Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-
	Erträge	65.607,44	64.497,68	68.144,20	62.094,83	67.188,54	5.093,71	8,2
IX.	Vermögensabgang	-	1.690,54	2.201,09	5.008,56	7.039,61	k.A.	k.A.
	Summe Erträge	65.607,44	66.188,22	70.345,30	67.103,39	74.228,15	k.A.	k.A.

Die Erträge beliefen sich ohne Vermögensabgang auf 67,188 Mrd. EUR (2009: 62,095 Mrd. EUR) und stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5,093 Mrd. EUR (+ 8,2 %).

84,5 % der Erträge 2010 waren den Haupterträgen (Abgaben, Gebühren, Erlöse aus Lieferungen und Leistungen) zuzuordnen. Daneben gab es bedeutende Erträge bei den „übrigen Erträgen“ (11,0 %) und Transfers (4,2 %).

Die Summe der Aufwendungen überstieg die Summe der Erträge sowohl 2009 als auch 2010. Der Vermögensabgang erhöhte sich von – 5,009 Mrd. EUR im Jahr 2009 auf – 7,040 Mrd. EUR im Jahr 2010. Dies spiegelte den Anstieg des administrativen Defizits wider.

Öffentliche Abgaben (TZ 5.3)

Die in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ (VA-Titel 160 bis 167) zum 31. Dezember 2010 ausgewiesenen Rückstände (fällige und nicht fällige Forderungen) betragen 6,285 Mrd. EUR (2009: 6,165 Mrd. EUR). Die Abgabenrückstände stiegen gegenüber dem Vorjahr somit um 120,31 Mill. EUR (+ 1,95 %).

Die folgende Tabelle zeigt die fälligen Abgabenrückstände nach Abgabenarten für den Zeitraum 2006 bis 2010 gegliedert:

	2006	2007	2008	2009	2010
	in Mill. EUR				
Einkommen- und Vermögensteuern	2.700,29	2.664,95	2.713,72	2.540,31	2.706,25
Umsatzsteuer	2.895,60	2.948,30	3.103,82	3.176,26	3.108,66
Ein- und Ausfuhrabgaben	124,05	122,77	152,03	0,00	0,00
Verbrauchssteuern	229,93	376,10	387,35	390,23	421,28
Stempel-, Rechtsgebühren und Bundesverwaltungsabgaben	111,55	59,11	20,59	15,33	20,25
Verkehrssteuer	93,97	104,22	115,75	128,24	131,52
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben, Ökoprämie	466,22	497,89	548,64	593,18	593,47
Summe UG 16 brutto	6.621,61	6.773,33	7.041,89	6.843,55	6.981,42
Guthaben	– 1.331,79	– 1.292,74	– 1.368,87	– 1.172,85	– 1.166,80
Summe UG 16 netto*	5.289,82	5.480,59	5.673,02	5.670,71	5.814,62

* ohne 2/168 Ab-Überweisungen (I) und 2/169 Ab-Überweisungen (II)

Von den Abgabenrückständen waren 5,815 Mrd. EUR als fällige (2009: 5,671 Mrd. EUR) und 471,09 Mill. EUR als nicht fällige Forderungen (2009: 494,69 Mill. EUR) ausgewiesen.

Die von den Finanzämtern gemäß den §§ 235 und 236 BAO verfügten Abschreibungen von Abgabenschuldigkeiten (Löschungen und Nachsichten) betragen 516,10 Mill. EUR (2009: 580,32 Mill. EUR). Die von den Zollämtern

Kurzfassung

verfügten Abschreibungen (Löschungen und Erlassungen) betragen 21,17 Mill. EUR (2009: 10,62 Mill. EUR). Bezogen auf die Brutto-Einnahmen in der UG 16 von 65,492 Mrd. EUR (2009: 63,314 Mrd. EUR) betragen daher die Abschreibungen bei den Finanzämtern und Zollämtern im Jahr 2010 insgesamt 537,28 Mill. EUR oder 0,82 % (2009 insgesamt 590,94 Mill. EUR oder 0,92 %).

FINANZIERUNG DES BUNDESHAUSHALTS (TZ 6)

Stand der vorläufigen gesamten Bundesschulden

Folgende Tabelle zeigt den Stand der Bundesschulden jeweils zum Jahresende 2006 bis 2010:

Bezeichnung	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010		Nettoneuverschuldung
	in Mrd. EUR					in % des BIP		
1. Nichtfällige und fällige Finanzschulden	154,593	157,508	165,621	176,464	185,932	+ 9,467	5,4	3,3
2. Schulden aus Währungstauschverträgen	23,721	19,270	23,428	18,846	14,585	- 4,260	- 22,6	- 1,5
3. Sonstige nichtfällige Schulden (Verwaltungsschulden)	3,073	3,125	2,865	3,045	1,531	- 1,514	- 49,7	- 0,5
4. Sonstige voranschlagswirksame fällige Schulden	0,114	0,169	0,394	0,027	0,247	+ 0,220	812,3	0,1
Summe voranschlagswirksame Schulden	181,501	180,072	192,307	198,382	202,295	+ 3,913	2,0	1,4
5. Voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden	3,664	4,827	1,795	1,981	2,375	+ 0,394	19,9	0,1
Bundesschulden	185,165	184,899	194,102	200,363	204,670	+ 4,307	2,1	1,5

Die Bundesschulden betragen 204,670 Mrd. EUR (2009: 200,363 Mrd. EUR) und stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,307 Mrd. EUR (+ 2,1 %). Diese Steigerung ist insbesondere auf die Erhöhung der Finanzschulden (+ 9,467 Mrd. EUR bzw. + 5,4 %) bei gleichzeitiger Verminderung der Schulden aus Währungstauschverträgen (- 4,260 Mrd. EUR bzw. -22,6 %) zurückzuführen.

Die Finanzschulden im engeren Sinn des Bundes erhöhten sich um 9,467 Mrd. EUR bzw. um 5,4 % (2009: + 6,5 %) auf 185,932 Mrd. EUR. Im Jahr 2010 betrug der Anteil der Finanzschulden am BIP 65,4 % (2009: 64,3 %).

Setzt man die Nettoveränderung der Finanzschulden des Jahres 2010 (9,467 Mrd. EUR) mit dem BIP in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 3,3 % (2009: 4,0 %).

Die Höhe der Neuaufnahme der Finanzschulden betrug 25,278 Mrd. EUR. Als Hauptfinanzierungsquelle dienten Anleihen in heimischer Währung. Ihr Anteil an den Schuldaufnahmen belief sich auf 83,3 %. Dafür waren 20 Auktionen für Bundesanleihen an elf Auktionstagen notwendig, wobei bereits ausstehende Emissionen um 16,957 Mrd. EUR aufgestockt wurden. Außerdem wurde eine Bundesanleihe in Form einer Privatplatzierung in Höhe von 300 Mill. EUR aufgestockt sowie eine neue syndizierte Bundesanleihe in Höhe von 3,800 Mrd. EUR begeben. Des Weiteren erhöhten Kurswertänderungen den Schuldenstand um 1,317 Mrd. EUR.

Demgegenüber minderte sich der Stand der Finanzschulden aufgrund der Tilgung um 16,273 Mrd. EUR, des Saldos der Vorlauffinanzierung für die Jahre 2010 und 2011 um 678 Mill. EUR sowie der Verrechnung der Gebahrung für Rechtsträger um 178 Mill. EUR.

Außerhalb des Bundeshaushalts ist auf die Schuldenstände des ÖBB-Konzerns und des ASFINAG-Konzerns hinzuweisen²⁰. Das lang- und kurzfristige Fremdkapital des ÖBB-Konzerns überschritt zum 31. Dezember 2010 mit 20,006 Mrd. EUR (2009: 17,828 Mrd. EUR) erstmals die 20-Milliarden-Marke, wobei gegenüber 2009 eine Steigerung von 12,2 % zu verzeichnen war. In der Konzernbilanz der ASFINAG ergaben lang- und kurzfristige Schulden zusammen 12,022 Mrd. EUR (2009: 11,288 Mrd. EUR), wobei die Differenz gegenüber 2009 einer Steigerung um 6,5 % entsprach (Quellen: ÖBB-Holding AG, Geschäftsbericht 2010; ASFINAG, Geschäftsbericht 2010).

²⁰ Jeweils berechnet nach IFRS.

Kurzfassung

Zinsaufwand für die Finanzschulden

Folgende Tabelle zeigt den Nettozinsaufwand für den Zeitraum 2006 bis 2010:

	2006	2007	2008	2009	2010	BVA 2010	Abweichung BVA : Erfolg
	in Mrd. EUR						
Zinsaufwand, brutto	8,802	7,942	7,881	7,496	7,674	7,937	- 0,263
Sonstiger Aufwand	0,545	0,628	0,242	0,268	0,072	0,256	- 0,184
Aufwendungen aus WTV	1,858	2,402	2,546	2,368	2,112	2,136	- 0,024
Summe Ausgaben	11,205	10,972	10,669	10,132	9,857	10,330	- 0,198
Zinseinnahmen	0,795	0,688	0,607	0,590	0,731	0,301	0,430
Sonstige Einnahmen	0,619	0,514	0,172	0,298	1,281	0,000	1,281
Einnahmen aus WTV	2,945	3,013	3,188	2,525	2,117	2,074	0,043
Summe Einnahmen	4,360	4,216	3,967	3,413	4,128	2,375	1,753
Zinsaufwand, netto	6,846	6,757	6,702	6,718	5,729	7,954	- 2,225

Im Finanzjahr 2010 waren für die Verzinsung der Finanzschulden 7,674 Mrd. EUR und für Aufgeld und sonstige Aufwendungen (z.B. für Provisionen und Emissionsverluste) 72 Mill. EUR an Ausgaben zu leisten. In Summe betragen die Zahlungen für den Zinsaufwand und den sonstigen Aufwand 7,746 Mrd. EUR.

Diesen Aufwendungen standen Einnahmen aus Stückzinsen und im Bundesbesitz befindliche Anleihen von 731 Mill. EUR sowie Emissionsgewinne und sonstige Einnahmen von insgesamt 1,281 Mrd. EUR gegenüber. Der Saldo der Einnahmen (2,117 Mrd. EUR) und Aufwendungen (2,112 Mrd. EUR) aus Währungstauschverträgen ergab einen Überschuss von 5 Mill. EUR.

Daraus ergab sich für 2010 ein Nettozinsaufwand von 5,729 Mrd. EUR. Dieser lag um 2,225 Mrd. EUR (- 28,0 %) unter dem Bundesvoranschlag.

Der Nettozinsaufwand lag trotz eines steigenden Zinsaufwandes für Finanzschulden um 989 Mill. EUR unter dem Vorjahreswert. Dies war insbesondere auf die steigenden sonstigen Einnahmen (+ 983 Mill. EUR) zurückzuführen. Die Entwicklung der sonstigen Einnahmen war vor allem auf höhere Emissionsgewinne bei der Aufstockung von Bundesanleihen zurückzuführen, die aufgrund des sinkenden Zinsniveaus erzielt werden konnten. Diese Anleihetranchen mit über dem Marktzinsniveau liegenden Nominalzinssätzen und Zusatzeinnahmen im Jahr 2010 bedingen jedoch höhere Zinszahlungen in den Folgejahren.

BUNDESHAFTUNGEN (TZ 7)

Haftungen, die vom Bundesminister für Finanzen aufgrund gesetzlicher Ermächtigungen übernommen wurden, gelten als Eventualverbindlichkeiten des Bundes, dem dabei die Rechtsstellung eines Bürgen oder eines Garanten zukommt. Ebenso haftet der Bund aufgrund § 1 Abs. 2 und Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 i.d.g.F. für die bis 31. Dezember 2000 eingegangenen Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse.

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung und den Stand der vorläufigen Bundeshaftungen für den Zeitraum 2006 bis 2010:

Bezeichnung	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010	
	in Mrd. EUR						in %
Anfangsbestand	67,704	73,250	87,030	112,595	124,479	+ 11,884	+ 10,6
+ Zugang	+ 26,738	+ 35,636	+ 46,595	+ 100,449	+ 26,005	- 74,444	- 74,1
- Abgang	- 20,867	- 21,839	- 21,871	- 88,542	- 22,920	+ 65,623	- 74,1
+/- Kurswertänderung	- 0,326	- 0,017	+ 0,841	- 0,022	+ 1,566	+ 1,589	- 7.128,7
Endbestand	73,250	87,030	112,595	124,479	129,130	+ 4,651	+ 3,7
davon in heimischer Währung	52,649	66,682	85,264	98,586	103,251	+ 4,665	+ 4,7
davon in Fremdwährung	20,600	20,348	27,331	25,892	25,879	- 0,014	- 0,1
Haftungen gemäß § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes	4,359	3,732	3,235	3,147	2,115	- 1,032	- 32,8

Kurzfassung

Zum Jahresende 2010 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 129,130 Mrd. EUR (2009: 124,479 Mrd. EUR); das entspricht einer Steigerung von 3,7 %. Die Veränderung im Gesamtstand der Bundeshaftungen ergab sich aus Zugängen aus Haftungsübernahmen von 26,005 Mrd. EUR und aus Abgängen von 22,920 Mrd. EUR, die auf die Bezahlung der Haftungsschuld bzw. das vertragsmäßige Erlöschen der Haftung ohne Inanspruchnahme zurückzuführen sind. Zusätzlich erhöhten Kurswertänderungen die Haftungen in Fremdwährung um 1,566 Mrd. EUR.

Aus den Haftungsübernahmen erwuchsen dem Bund Ausgaben für Schadenszahlungen und sonstige Kosten von insgesamt 261 Mill. EUR; diesen standen Einnahmen aus Entgelten und Rückersätzen von 389 Mill. EUR gegenüber. Daraus ergab sich ein Einnahmenüberhang von 128 Mill. EUR.

BERICHT ZU DEN ABSCHLUSSRECHNUNGEN VOM BUND VERWALTETER RECHTSTRÄGER (TZ 8)

Der RH veröffentlicht 54 Abschlussrechnungen von öffentlichen Einrichtungen, die mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet sind und die von Organen des Bundes oder von Personen (Personengemeinschaften) verwaltet werden, die hiezu von Organen des Bundes bestellt wurden.

Aufgrund verfahrens- oder verrechnungstechnischer Probleme konnten fünf Jahresabschlüsse für das Jahr 2010 nicht formal richtig bzw. rechtzeitig vorgelegt werden.



BRA 2010

Abkürzungsverzeichnis

Glossar

AB	_____	Aufgabenbereich	BMUKK	_____	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur
ABGB	_____	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch	BMVIT	_____	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie
Abs.	_____	Absatz	BMWF	_____	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
ADV	_____	Automationsunterstützte Datenverarbeitung	BMWFJ	_____	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
AFFG	_____	Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz	BRA	_____	Bundesrechnungsabschluss
AusFFG	_____	Ausfuhrförderungsgesetz	BRL	_____	Brasilianische Real
AG	_____	Aktiengesellschaft	BRZ GmbH	_____	Bundesrechenzentrum GmbH
AIVG	_____	Arbeitslosenversicherungsgesetz	BUAK	_____	Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse
AMA	_____	Agrarmarkt Austria	BVA	_____	Bundesvoranschlag
AMFG	_____	Arbeitsmarktförderungsgesetz	B-VG	_____	Bundes-Verfassungsgesetz
AMS	_____	Arbeitsmarktservice	bzw.	_____	beziehungsweise
AMSG	_____	Arbeitsmarktservicegesetz	CAD	_____	Kanadische Dollar
Art.	_____	Artikel	CHF	_____	Schweizer Franken
ASFINAG	_____	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG	DFÜ	_____	Datenfernübertragungseinrichtungen
ASVG	_____	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	EAGFL	_____	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
ATS	_____	Österreichische Schilling	ECOFIN	_____	EU-Rat „Wirtschaft und Finanzen“
AUD	_____	Australische Dollar	EFRE	_____	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
BA	_____	Bundesanstalt	EG	_____	Europäische Gemeinschaft
BAG	_____	Berufsausbildungsgesetz	EGFL	_____	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft
BAWAG P.S.K.	_____	Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG	ELER	_____	Entwicklung des ländlichen Raumes
Bds. Inst.	_____	Bundesinstitut	EP	_____	Europaparlament
BEV	_____	Bestands- und Erfolgsverrechnung	ERP	_____	European Recovery Program
BFG	_____	Bundesfinanzgesetz	EU	_____	Europäische Union
BFRG	_____	Bundesfinanzrahmengesetz	EUR	_____	Euro
BG	_____	Bundesgesetz	EURATOM	_____	Europäische Atomgemeinschaft
BGBL	_____	Bundesgesetzblatt	EUROFIMA	_____	Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial
BHG	_____	Bundshaushaltsgesetz	FAG	_____	Finanzausgleichsgesetz
BIG	_____	Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H.	FI-AA	_____	Finanz-Anlagenbuchhaltung
BIP	_____	Bruttoinlandsprodukt	FIMBAG	_____	Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft
BKA	_____	Bundeskanzleramt	FinStaG	_____	Finanzmarktstabilitätsgesetz
BM	_____	Bundesministerium	FLAF	_____	Familienlastenausgleichsfonds
BMASK	_____	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	FRN	_____	Floating Rate Notes
BMeiA	_____	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten	FWF	_____	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
BMF	_____	Bundesministerium für Finanzen			
BMG	_____	Bundesministerium für Gesundheit bzw. Bundesministeriengesetz			
BMJ	_____	Bundesministerium für Justiz			
BMLFUW	_____	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft			
BMLVS	_____	Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport			

Ablätzungsverzeichnis

GBP, Gbp	_____	Britische Pfund	rd.	_____	rund
gem.	_____	gemäß	RH	_____	Rechnungshof
gemeinn.	_____	gemeinnützige	RHG	_____	Rechnungshofgesetz
GSBG	_____	Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz	RLV	_____	Rechnungslegungsverordnung
			RT-Schuld	_____	Rechtsträgerschuld(en)
H	_____	Haben (vor Beträgen in Tabellen)	SCHIG	_____	Schieneninfrastruktur-Dienstleistungsgesellschaft mbH
IAKW	_____	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien	SEK	_____	Schwedische Kronen
IBSG	_____	Interbankmarktstärkungsgesetz	SKK	_____	Slowakische Kronen
i.d.F.	_____	in der Fassung	SV-Träger	_____	Sozialversicherungsträger
i.d.g.F.	_____	in der geltenden Fassung	SVA	_____	Sozialversicherungsanstalt
i.H.v.	_____	in Höhe von	TEN	_____	Trans-European Networks
IESG	_____	Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz	Tr.	_____	Tranche
IHS	_____	Institut für höhere Studien	TRY	_____	Neue Türkische Lira
inkl.	_____	inklusive	TZ	_____	Textzahl
INVEKOS	_____	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem	u.ä.	_____	und ähnliches
IT	_____	Informations-Technologie	UG	_____	Untergliederung
i.V.m.	_____	in Verbindung mit	UNO	_____	United Nations Organization
IWF	_____	Internationaler Währungsfonds	USD	_____	US-Dollar
i.w.S.	_____	im weiteren Sinne	UT	_____	Unterteilung
JBR	_____	Jahresbestandsrechnung	VA	_____	Voranschlag, Versicherungsanstalt
JPY	_____	Japanische Yen	VAEU	_____	Vertrag über die Arbeitsweise der EU
			vgl.	_____	vergleiche
Kat. F.	_____	Katastrophenfonds	VGR	_____	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
			VO	_____	Verordnung
LA	_____	Lehranstalt	VPI	_____	Verbraucherpreisindex
lit.	_____	litera	VVR	_____	Voranschlagsvergleichsrechnung
			VWV	_____	Voranschlagswirksame Verrechnung
Mill.	_____	Millionen	WIFO	_____	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
MINURCAT	_____	Mission des Nations Unies en République Centrafricaine et au Tchad	WRG	_____	Wasserrechtsgesetz
Mrd.	_____	Milliarden	WTV	_____	Währungstauschverträge
NOK	_____	Norwegische Kronen	Z	_____	Ziffer
Nr.	_____	Nummer	ZAR	_____	Südafrikanische Rand
NSchG	_____	Nachtschwerarbeitsgesetz	zw.	_____	zweckgebunden
NZD	_____	Neuseeland Dollar			
ÖBFA	_____	Österreichische Bundesfinanzierungsagentur			
OeKB	_____	Österreichische Kontrollbank			
PG	_____	Pensionsgesetz			
PTA	_____	Post und Telekom Austria AG			
PVA	_____	Pensionsversicherungsanstalt			

